

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK



SCHWERPUNKT. SPAREN

Trotz leerer Kassen: Gestalten statt verwalten

DIE „PSYCHOLOGIE“ DES SPARENS

„Schuld suchen“ ist keine Lösung. Und „**Nein**“ sagen **befreit**.

CHANGE MANAGEMENT

Wie man die Notwendigkeit zu sparen **richtig kommuniziert**

DER ONLINE MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

KOMMUNALBEDARF.AT

FOTO: /Algenerated/provectors/stock.adobe.com

Gestaltung

BEGINNT

BEIM EINKAUF.

**-10%
RABATT**

BEI IHRER ERSTEN
BESTELLUNG IM JAHR 2025
MIT DEM CODE
WILLKOMMEN25

Der Beschaffungsprozess für Gemeinden kann auch ganz einfach funktionieren.

Durch die unkomplizierte Bestellung aus unserem umfangreichen Sortiment und dem sicheren Kauf auf Rechnung. **KOMMUNALBEDARF.AT** ist der Online Marktplatz mit über 1.000.000 Artikeln für den kommunalen Bedarf. Erstellen Sie ein kostenloses Kundenkonto und sichern Sie sich mit dem **Code WILLKOMMEN25** einen **Rabatt von 10%** auf Ihre erste Bestellung im Jahr 2025! Wir freuen uns auf SIE!

Einfach. Alles. Beschaffen. **KOMMUNALBEDARF.AT**

SCHWERPUNKT. SPAREN



© Premium - stock.adobe.com

„Sparen ist nicht Verzicht, sondern Zukunft in Sicht!“
Gemeinden, die jetzt sparen, ermöglichen es sich, auch in Zukunft investieren zu können.

- 04 Die Psychologie des Sparens und Nein-Sagens**
Weil Schuld suchen keine Lösung ist
- 07 Handlungsspielräume schaffen**
Den Gemeindehaushalt wieder ins Lot bringen
- 10 Change Management**
Wie man die Notwendigkeit zu sparen richtig kommuniziert
- 12 Energiekosten**
Einsparpotenziale erkennen und gezielt nutzen
- 16 Abgabeneinhebung leicht gemacht**
Der Gemeinde-Dienstleistungsverband Region Amstetten
- 20 Kinderbetreuung als Gemeinschaftsprojekt**
17 Waldviertler Gemeinden arbeiten im Verein NÖ-Kinderbetreuung zusammen



Foto Christian Prinz

- 20 Sparen als Tugend – Ehrenamt als Motor**
Wie die Gemeinde Reingers Sparpotenziale gehoben hat
- 23 Gemeindecaching**
Next Level: Reflexion als Schlüssel zum Erfolg
- 24 Haushaltsanalyse**
Transparenz schaffen – Zukunft gestalten

AUS ERSTER HAND

GESTALTEN STATT VERWALTEN TROTZ LEERER KASSEN



Mit leeren Kassen „Gestalten statt Verwalten“. Das ist das große Thema dieser Wochen und Monate und auch der nächsten Jahre. Als Gemeindeförderungsmanagerinnen und -manager fordert uns das enorm und zwingt uns in eine neue Rolle. Aber das klare NEIN-sagen wird immer öfter notwendig sein. Zum „kreativen GESTALTEN“ wird’s uns immer mehr zwingen, wenn wir in unseren Gemeinden auch noch etwas weiterbringen und Visionen verwirklichen wollen. Oder wenn wir nicht reine „Mangelverwalter“ werden wollen.

Selbstverständlich braucht’s auch langfristige bundes- und landesweite Reformen, selbstverständlich braucht’s frisches Geld, selbstverständlich würden wir in unseren Augen falsch geleitete Mittel lieber in Richtung Gemeinden umleiten ... Aber die kurz- und mittelfristige nüchterne Realität ist schlichtweg, dass die wirtschaftlichen Aussichten gedämpft und neue Einnahmequellen oder große neue Hilfspakete von Bund und Ländern rar sein werden. Realität ist auch, dass wir nicht wieder alles auf die Enkelgeneration verschieben können und der gesellschaftliche Diskurs über neue Prioritätensetzungen bei der Mittelverteilung hart sein wird.

Vor Ort bleibt zunächst nichts anderes übrig, als auch „kreativ“ zu SPAREN! Selbst wenn wir es ehrlicherweise gar nicht gern hören und noch weniger gern tun wollen. Schließlich verstehen wir uns ja als GESTALTER und nicht als VERWALTER in unseren Gemeinden. Damit wir uns diese Gestaltungskraft aber auch erhalten, haben wir in dieser NÖ Gemeinde zusammengetragen, was Dir helfen könnte.

Gemeinsam „den Stier bei den Hörnern“ packen, ist nicht nur ein starkes Bild. Es muss auch ein Lösungsweg sein, wenn es darum geht, Reformen anzugehen: Es bedeutet nämlich, dass wir schwierige Entscheidungen wie Gebührenerhöhungen, Weglassen von Leistungen oder effizientere Neuorganisation von Gemeindediensten auch gemeindeübergreifend vereinbaren. Unsere Bezirksobleute des NÖ Gemeindeförderungsbundes werden hier eine wichtige Rolle spielen.

Dass jede Gemeinde individuell kreativ wird und die eigenen Effizienzprojekte auch anderen weitergibt, das wünsche ich mir zusätzlich. Die Vermittlerrolle dafür übernehmen wir weiterhin als NÖ Gemeindeförderungsbund – im Wege unserer NÖ Gemeinde, im Wege von Aussendungen oder auch als Kämpfer für Rahmenbedingungen, die für kreative Lösungen erforderlich sind. Beispielsweise wenn Eltern auch einmal Notdienste im Kindergarten übernehmen und sich dann sofort Haftungsfragen stellen und gefragt wird „Dürfen wir das überhaupt?“.

Schick mir und uns Deine Erfahrungen mit Einsparungen und erzähle uns vor allem über Lösungen, die gut gelungen sind und die wir auch an andere Gemeinden weitergeben können.

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT



SCHWERPUNKT. SPAREN

Zur „Psychologie des Sparens“

Weil „Schuld suchen keine Lösung“ ist und „NEINsagen befreit“ [VON JOHANNES PRESSL](#)

In den letzten Wochen war vor allem am Wirtshaustisch – oder wo immer neuerdings „polit-emotionale Diskussionen“ stattfinden – zu hören, dass ja die „alte Bundesregierung“ schuld sei am „Schuldendesaster“ und man es „eh schon immer gewusst“ hätte, dass das mit diesen „Pensions- und Gehaltserhöhungen“ und „Förderungen“ und „eigentlich“ alles zu viel war und schief gehen würde. Und außerdem „eine Frechheit“, dass sie es „uns“ so lange verschwiegen hätten ...!

Schuldzuweisung „schützt“ vor Selbsterkenntnis

Aus der Meta-Ebene betrachtet, schwingt da schon eine gute Portion „die Schuld bei anderen suchen“ mit, wenn man diesen oberen Absatz liest. Und vergessen sind von denen, die die Segnungen auch selbst fleißig genutzt haben, rasch die Rahmenbedingungen, die zu einer Gebührenbremse, einer Strompreisbremse, der fast zwei Milliarden Euro schweren Heizkesseltauschförderung, einer Abschaffung

der Kalten Progression oder Pensionssteigerungen von 9,6 Prozent geführt haben. Also eine erste Erkenntnis aus den letzten Jahren ist: Ein kollektives Problembewusstsein ist zunächst lange nicht zu erkennen, und die Frage nach dem „Zahler der Rechnung“ wird auch erst gestellt, wenn es dann wohl schon zu spät ist und die „Mahnungen“ bereits mehrmals bei der Tür hereingeflattert sind.

Selbsterkenntnis ist noch keine Lösung

Und während „die Schuld bei anderen suchen“ sowieso nichts bringt, ist auch Selbsterkenntnis noch keine Lösung. Denn wenn der Lerneffekt eintritt, ist es nicht nur zu spät, sondern spätestens dann auch „Verzicht“ notwendig! Und „weniger“ zu bekommen, „haushalten“ zu müssen oder einfach nur eine „Gewohnheit zu ändern“, ist für uns Menschen ein psychologisches Unding. Wohl auch deswegen ist das Wort „Sparen“ in der Politkommunikation ausgeklammert. Im aktuellen Bundesregie-

„Weniger“ zu bekommen, „aushalten“ zu müssen oder einfach nur eine „Gewohnheit zu ändern“, ist für uns Menschen ein psychologisches Unding.

rungsprogramm kommt es zwar 134-mal vor – allerdings gut versteckt im Wort TransPARENZ. Und das, obwohl hinten und vorne das Geld mehr als knapp ist.

Sparen ist hart

Und weil alles andere leichter ist, als zu SPAREN, NEIN zu sagen, etwas ABZULEHNEN oder DAGEGEN zu sein, suchen wir nach Hinweisen, wie SPAREN erträglicher wird und vor allem VERSTANDEN wird.

Sinn erzeugt Verständnis

Und ehrlich: Ich wusste an dieser Stelle auch nicht, wie wir dieses „Kollektive Verständnis“ fürs Sparen schaffen können. Ich habe deswegen einfach einmal die KI gefragt: „Warum fallen uns Einschränkung und Verzicht so schwer?“

Nach einer langen und sachlich sehr richtigen Antwort hat die KI noch diesen Schlusssatz „errechnet“: „Verzicht wird leichter, wenn er einen Sinn hat. Wenn du weißt, wofür du etwas weglässt – ob für deine Gesundheit, dein Wohlbefinden, die Umwelt oder andere – dann wird Verzicht zu einer Form von Selbstbestimmung“, hat sich die KI aus all ihren Daten und Metadaten da zusammengereimt. „Eigentlich eh logisch“, hab ich mir gedacht und auch

„gereimt“...: „Sparen mit Sinn“ oder vielleicht „Sparen macht Sinn“.

Sparen macht Sinn

Also stellt sich die nächste Frage: Wie können wir dem Sparen einen tieferen kollektiven Sinn geben?

- **Wir brauchen keine Schuldzuweisungen, aber wir müssen über das Problem reden.** Denn selbst ein negatives Problemerklebnis bereitet psychologisch – auch zum Thema Sparen – den Boden dafür auf, dass eine spätere Lösung dann als positiv oder notwendig bzw. zumindest mit Verständnis wahrgenommen werden kann. Ich erinnere an viele finanzielle Hilfen einer vorhergehenden Bundesregierung, die schon beschlossen und geflossen sind, als Probleme zwar in Expertenkreisen bekannt, aber bei den Menschen noch gar nicht real angekommen waren. Und als dann Problemstellungen für die Menschen spürbar waren, sind Hilfen, die bereits ausgezahlt waren, nicht mehr wahrgenommen worden. Eine Erkenntnis: „Wer das Problem nicht ehrt, ist die Lösung nicht wert!“
- **Information, Information und noch einmal Information.** Wir leben in einer von Reizen und ständigen wichtigen Informationen überfluteten Welt. Trotzdem braucht es wohl viele Erklärungen und verständliche und gerechte Erzählungen – auch in Form von Geschichten zum Thema „Sparen“. Und dabei ist wohl davon auszugehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, denen wir am Ende zu erklären haben, dass Projekte verschoben oder Leistungen eingeschränkt, Selbstbehalte eingehoben und Verwaltungshandlungen verändert werden müssen, einen völlig unterschiedlichen Erfahrungs- und Verständnishintergrund haben.
- **Window of opportunity.** Insofern ist eine Situation, wie wir sie aktuell auf der Bundesebene vorfinden, die eine allgemeine Spargesinnung vermittelt, zunächst wohl für uns in den Gemeinden sogar noch hilfreich. Schreiben zu den Gemeindefinanzen, wie sie vom Österreichischen Gemeindebund in den letzten Wochen ausgeschickt wurden, sind von Bürgermeister-Kolleginnen und -Kollegen teilweise sogar „copy-paste“ an ihre Gemeinderäte weitergeleitet worden. Information, die wir aufnehmen, weil´s

🗨️ Verzicht wird leichter, wenn er einen Sinn hat. [...] **Dann wird Verzicht zu einer Form von Selbstbestimmung.**



„brennt“, erzeugt Verständnis. Und wenn es andere sagen, dann verleiht es der Botschaft auch Gewicht. Allerdings Achtung: Türen und Möglichkeiten schließen sich auch rasch wieder! Surfer wissen es: Auf einer Welle kann man nur kurze Zeit reiten.

- **Klare, erreichbare und messbare Ziele.** Vor allem abstrakte Themen wie „Sparen“ lassen sich leichter vermitteln, wenn sie auch einen Erfolg nach sich ziehen. Wenn es danach „besser“ wird, wenn es zumindest die nächste Generation besser hat oder wir „auf etwas hinsparen“, war auch für uns in der Kindheit Verzicht schon leichter. Aber Achtung: Enttäuschte Hoffnung kann einen Riesenschaden anrichten, wenn sie nicht gut begleitet wird. Insofern sind erreichbare Ziele und die Möglichkeit für die Menschen, die Wirkung ihres Handelns auch laufend nachvollziehen zu können, enorm wichtig. Sparen für die Investition der Gemeinde in eine PV-Anlage und einen Speicher für die Schule und laufend online sehen zu können, was das an Energiekosteneinsparung bringt, ist vielleicht ein kleines, aber logisches Beispiel.
- **Gerechtigkeit, Sicherheit oder Klarheit sind selbstverständlich.** Dass diese und noch viele weitere Werte unserer Gesellschaft bei Sparmaßnahmen unbedingt eingehalten werden müssen, ist klar. Was ich als „ungerecht“ empfinde, trage ich als Bürger nicht mit. Was

unklar ist, verwirrt mich. Was „unsicher“ ist, lässt mich zweifeln. Und sehr oft sind es nicht diese Werthaltungen allein, die bei der Maßnahmenfestlegung selbstverständlich sein müssen, sondern eigentlich sind es die „Politiker“, die am Ende dafür einstehen und einstehen müssen. Vorbildwirkung und Vertrauenswürdigkeit erwarten die Menschen von uns als Verantwortungsträger. Eine konsequente Haltung durch uns – auch für Sparmaßnahmen – macht diese am Ende auch möglich und schärft nicht nur in guten, sondern auch in herausfordernden Zeiten unser Profil.

„Sparen macht Spaß ...“

... wird wohl nie über all dem stehen, was vielen Gemeinden und Funktionsträgern in den nächsten Monaten und Jahren bevorsteht. Aber trotzdem brauchen wir gerade jetzt MUT zu unpopulären Entscheidungen, wir brauchen Gestaltungskraft, um auch mit wenig noch Möglichstes zu schaffen, wir brauchen Kommunikation, um Menschen auf einem harten Weg mitzunehmen, und wir brauchen höchste Konzentration, um jeden Schritt gut und trittfest zu setzen. Am Ende ist es all das, was wir in guten Zeiten als Führungskräfte bei „Sonnenschein“ gelernt haben. Nur jetzt müssen wir es auch bei „Hagel, Wind und Wetter“ einsetzen. Und wenn wir es gut machen, dann werden wir auch darauf stolz sein können. Vielleicht macht sparen so gesehen dann doch auch ein bisschen Spaß ...■■■

“Was ich als „ungerecht“ empfinde, trage ich als Bürger nicht mit.“



JOHANNES PRESSL
ist Bürgermeister von Ardagger und Präsident des NÖ Gemeindebundes und des Österreichischen Gemeindebundes

Starke Gemeinden brauchen einen verlässlichen Partner.

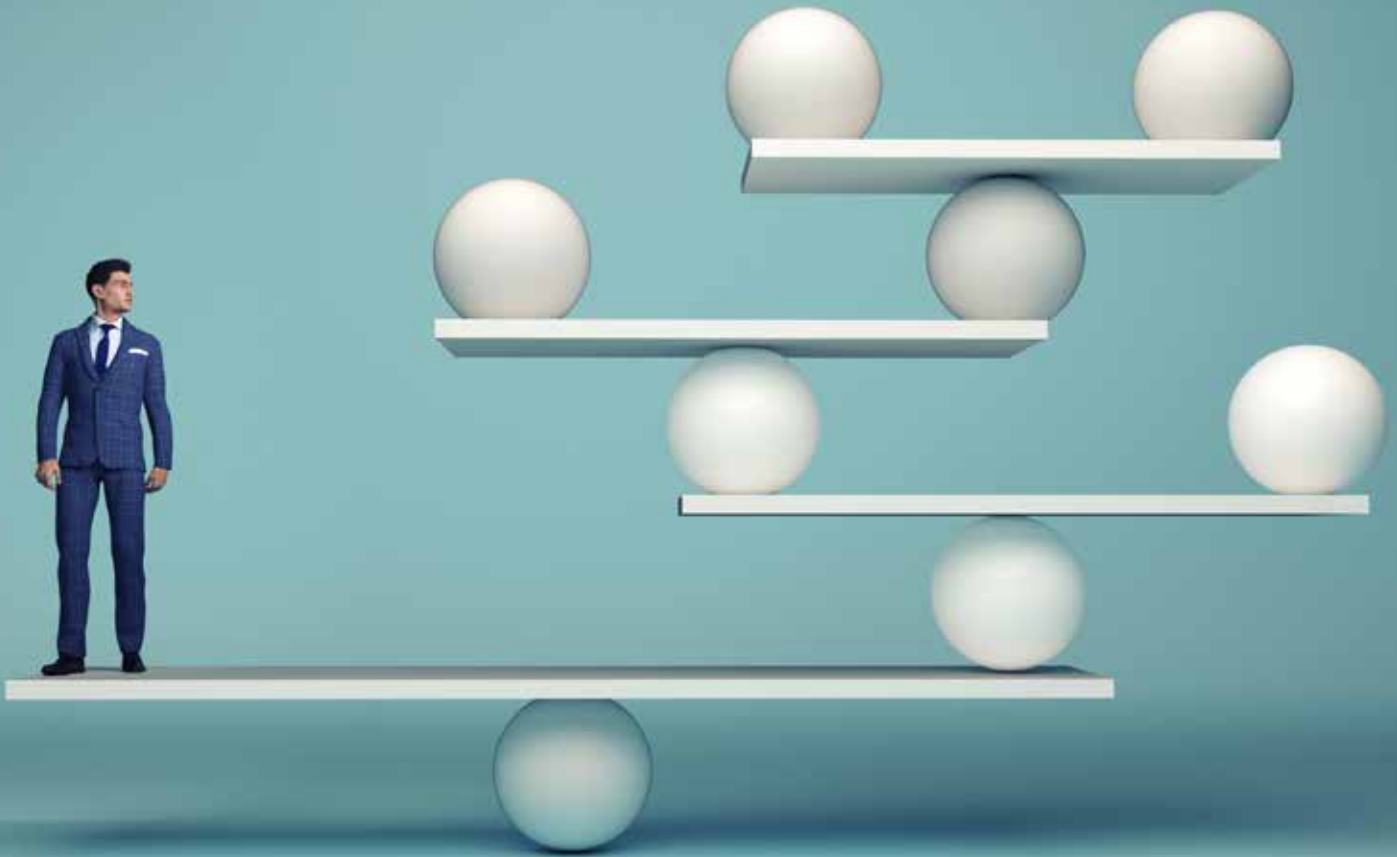
**Gemeindeversicherung
GEMEINDEN IN NÖ
SICHER AUFSTELLEN.**

Breiter Schutz gegen kommunale Risiken.

Nähe verbindet.
Unsere Niederösterreichische Versicherung

nv.at

Das Produktinformationsblatt finden Sie auf nv.at



©Orlando Florim Rosu - stock.adobe.com

WO KANN GESPART WERDEN?

Den Gemeindehaushalt wieder ins Lot bringen

Wie mit innovativen Ansätzen Handlungsspielräume geschaffen werden können.

✂ VON ALEXANDER MAIMER UND WOLFGANG OBERASCHER

Städte und Gemeinden stehen derzeit vor großen finanziellen Herausforderungen. Dies ist dadurch ausgelöst, dass zentrale Einnahmen wie z. B. die Ertragsanteile stagnieren und Personal-, Transfer- und Sachausgaben in den letzten Jahren überproportional gewachsen sind.

Dies führt dazu, dass viele Gemeinden ihren laufenden Haushalt nicht mehr ausgleichen, die Tilgungen zahlen und Investitionen durch eigene Überschüsse finanzieren können. Letztendlich besteht die Gefahr, dass fast die Hälfte der Gemeinden Abgangsgemeinden werden. In Niederösterreich führt dies dazu, dass die Gemeinden ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorlegen müssen.

Erheblicher Konsolidierungsbedarf der Gemeinden

Die Rahmenbedingungen der Städte und Gemeinden sind nicht unbedingt günstig:

Aufgabenübertragungen des Bundes und der Länder auf der einen Seite und fehlende Reformen zur Stärkung der kommunalen Abgabenautonomie auf der anderen Seite schränken die Handlungsmöglichkeiten der Gemeindeebene stark ein. Trotzdem besteht erheblicher Konsolidierungsbedarf für die Gemeinden und es reicht sicher nicht aus, auf die Unterstützung des Bundes oder des Landes zu warten. Umso wichtiger wird es sein, selbst aktiv zu werden und neue Wege zu beschreiten und die kommunale Leistungserbringung auch neu zu denken. Der Zeitpunkt der Neukonstituierung der Gemeinderäte ist günstig und ermöglicht das Denken neuer Ideen.

Innovative Handlungsansätze

Trotz aller genannten Herausforderungen müssen sich Städte und Gemeinden damit beschäftigen, Einsparmöglichkeiten zu suchen und diese auch umzusetzen. Hier wird teil-





© Radele Fotodesign - stockadobe.com

Gemeindekooperationen ermöglichen es, die Leistungserbringung nachhaltig abzusichern und bessere Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen.

weise noch auf die klassische Rasenmähermethode zurückgegriffen (-10 Prozent auf alle Ausgaben). Zusätzlich wird mittlerweile häufig versucht, andere Ansätze als die prozentuelle Kürzung von Ausgaben vorzunehmen.

▪ **Produkt- und Leistungskritik**

Ein Ansatz, der sich für Städte und Gemeinden lohnt, ist die Produkt- und Leistungskritik. Unabhängig von der finanziellen Situation einer Gemeinde ist es zielführend, sich regelmäßig mit seinen Produkten und Leistungen auseinanderzusetzen und sich die folgende Frage zu stellen: Werden die von uns erbrachten Leistungen von Seiten der Bürgerinnen und Bürger noch nachgefragt oder haben sich die Bedürfnisse verändert? Dies ist auch notwendig, um den Bürgerinnen und Bürgern neue innovative Leistungen anbieten zu können. Bei Pflichtleistungen (Leistungen, die erbracht werden müssen) ist es wesentlich, die erbrachte Leistungsmenge und die Leistungsstandards zu hinterfragen. Die Überlegungen im Bereich der Produkt- und Leistungskritik müssen immer im Zusammenhang mit den langfristigen und strategischen Zielen einer Gemeinde betrachtet werden. Durch gezielte Auseinandersetzungen mit den Produkten und Leistungen der Gemeinde kann einiges im Bereich der Ausgaben bewegt werden.

▪ **Benchmarkings helfen**

Das Lernen von Best-Practice-Ansätzen anderer Städte und Gemeinden hilft immer dabei,

besser zu werden. Im Bereich des Benchmarkings hat es schon erfolgreiche Projekte gegeben, die Städten dabei geholfen haben, einerseits noch besser zu werden und andererseits auch Einsparungen zu tätigen.

▪ **Über Gemeindekooperationen nachdenken**

In finanziell schwierigen Zeiten bietet es sich auch an, wieder verstärkt über Gemeindekooperationen nachzudenken. Auch in Niederösterreich gibt es bereits zahlreiche vielversprechende Initiativen.

Gemeindekooperationen ermöglichen es, die Leistungserbringung nachhaltig abzusichern und bessere Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen. Die Erbringung von Leistungen für größere Einheiten ermöglicht häufig auch kostengünstigere Angebote. Weitergehende Ansätze wie z. B. die kooperative Verwaltung für fünf Gemeinden werden in einzelnen Fällen auch schon diskutiert.

▪ **Stakeholder einbeziehen**

Die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern sowie weiteren Stakeholdern in die Erbringung von Leistungen durch die Gemeinde hat sich in manchen Fällen als positives Beispiel gezeigt.

Vielfach erbringen freiwillige Helferinnen und Helfer Leistungen für die Gemeinschaft wie z. B. das Ausführen von Essen auf Rädern oder Unterstützung in der Bücherei. Die Mitwirkung der Freiwilligen hat in diesen Fällen einen positiven Effekt für die Gemeinschaft.

In manchen Fällen übernehmen auch orts-

“ Die Gemeinde muss sich fragen, ob die erbrachten **Leistungen von Seiten der Bürgerinnen und Bürger noch nachgefragt werden** oder ob sich die Bedürfnisse verändert haben.





Bei Gebühren und Entgelten ist darauf zu achten, ob diese kostendeckend sind, ob sämtliche erbrachte interne Leistungen verrechnet wurden und ob ein interner Zusammenhang besteht.

ansässige Unternehmen Leistungen für die Gemeinschaft und leisten damit einen wesentlichen Beitrag für das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Ganzheitliche Konsolidierung notwendig

Zusätzlich zu diesen innovativen Ansätzen ist es wichtig, nicht auf eine grundlegende Analyse der Einnahmen und Ausgaben zu vergessen und zu ermitteln, ob es diesbezüglich noch Potentiale gibt. Dabei müssen unter anderem die Gebühren und Entgelte analysiert werden. Hier ist darauf zu achten, ob diese kostendeckend sind, ob sämtliche erbrachte interne Leistungen verrechnet wurden und ob ein interner Zusammenhang besteht. Auf der Ausgabenseite müssen natürlich die laufenden Ausgaben wie z. B. Förderungen und Subventionen näher analysiert werden und auch hier Einsparungen herbeigeführt werden. In diesem Bereich ist es grundsätzlich sinnvoll, strategische Vorgaben zu entwickeln, welche Förderungen und Subventionen zu den grundsätzlichen Zielen der Gemeinde passen. Auf dieser Basis können Förderungen und Subventionen eher an die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde angepasst werden. Bei der Analyse der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde muss auch das Vermögen berücksichtigt werden. Hier ist zu ermitteln, ob es verwertbare, nicht zwingend benötigte Vermögensbestandteile gibt, die veräußert oder zumindest temporär vermietet werden können. Zusätzlich zu den laufenden Einnahmen und

Ausgaben muss auch der mittelfristige Investitionsplan einer verstärkten Betrachtung zugeführt werden. Hier ist darauf zu achten, ob sich die Gemeinde die geplanten Investitionen leisten kann, welche Investitionen zwingend notwendig sind, welche redimensioniert und welche verschoben werden können. Unabhängig von der Notwendigkeit, die Finanzen in Ordnung zu bringen, ist es wichtig, dass sich die Gemeinde weiterentwickelt und dass auf politischer Ebene die Möglichkeit zur Gestaltung gegeben ist. Die innovativen Konsolidierungsansätze wie Aufgaben- und Produktkritik, Benchmarking und Kooperation können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Weiters ist es wichtig, dass es eine Vision bzw. strategische Ideen für die Entwicklung der Stadt gibt. Diese sollten genutzt und für die Weiterentwicklung herangezogen werden. ■■■

FAZIT

Die derzeitige finanzielle Situation der Gemeinden macht Haushaltskonsolidierungen unabdingbar. Nach der Neukonstituierung der Gemeinderäte ist es wichtig, keine Zeit zu verlieren und sich rasch mit der finanziellen Situation der Gemeinde zu beschäftigen und hier Maßnahmen zu setzen.



MAG. ALEXANDER MAIMER

ist Senior Berater im KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung und Experte zu Fragen der Budgetkonsolidierung und Aufgabenkritik.



MAG. WOLFGANG OBERASCHER

ist Senior Berater im KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung und Experte zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungseinheiten.

Wie man die Notwendigkeit zu sparen **richtig kommuniziert**

Dass gespart werden muss, möchten Menschen meist nicht hören. Die Mediatorin Christa Fischer-Korp erklärt, wie man mit dem heiklen Thema umgeht. [VON HELMUT REINDL](#)

NÖ GEMEINDE: **Wie kann eine Gemeinde eine Kommunikationsstrategie für Sparmaßnahmen entwickeln?**

CHRISTA FISCHER-KORP: Wird in Gemeinden der Sparstift angesetzt, entstehen sofort Sorgen, Ängste, aber auch Widerstand gegen die eigenen möglichen finanziellen Verluste. Das kann das Vertrauen in die politisch Verantwortlichen erheblich torpedieren, und deshalb braucht es erstens genaue Überlegungen, wie gespart wird und zweitens, wie das Beteiligten und Betroffenen mitgeteilt wird. Das heißt, eine Kommunikationsstrategie muss entwickelt werden.

Die Bevölkerung von Gemeinden kann in verschiedene Gruppen (genannt Stakeholder oder Interessensgruppen) eingeteilt werden, die nun Beteiligte und Betroffenen der Sparmaßnahmen sind. Beispiele für diese Gruppen sind etwa Bürger, Schüler, Bildungseinrichtungen, NGOs, Unternehmen, soziale Einrichtungen, Institutionen etc. Alle diese Gruppen können nun von Sparmaßnahmen betroffen sein: Bürger bekommen weniger Förderungen, Straßenbauprojekte können nicht umgesetzt werden, Schwimmbäder werden geschlossen, Kinderbetreuung wird teurer usw. Dann treten Verlustängste, manchmal auch existenzielle Ängste, aber auch Ärger bei den Betroffenen auf.

Wie kann nun die Notwendigkeit zum Sparen den Betroffenen mitgeteilt werden?

Die Notwendigkeit, die Dringlichkeit und der Sinn der Sparmaßnahmen müssen schlüssig erklärt werden: Notwendigkeiten und Dringlichkeit werden dadurch erklärbar, dass ein Szenario der möglichen Konsequenzen dargestellt wird. Der Sinn des Sparens wird durch einen Blick in die Zukunft, also was möglich wird, wenn nun konsolidiert wird, verständlich.

Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass es

bei Einsparungsmaßnahmen keine Gewinner oder Verlierer gibt, das würde unweigerlich zu Konflikten führen. Diese Fairness auch zu kommunizieren, hilft dabei, Gerüchten oder Propaganda vorzubeugen.

Über welche Kanäle kann man kommunizieren?

Zusätzlich zur Homepage und zu sozialen Medien erscheint mir wichtig, einen weiteren niederschweligen Zugang zu Informationen zu schaffen. Das kann über das Bürgerservice erfolgen oder man richtet eine Website mit häufig gestellten Fragen (FAQs) ein.

Was sollten Verantwortliche über mögliche emotionale Reaktionen der Bevölkerung wissen?

Verschiedene Gruppen sind unterschiedlich betroffen: Werden Kinderbetreuungsbeiträge erhöht, werden betroffene Eltern verärgert oder wütend sein. Werden Sportstätten reduziert, sind Vereine und Eltern betroffen und werden emotional mit Frust und Ärger reagieren.

Eltern, die doppelt betroffen sind, werden eventuell mit Wut reagieren. Werden Infrastrukturprojekte gestrichen, werden die Wirtschaft und die Arbeitnehmer nicht erfreut sein und Emotionen zeigen.

Um hier einen guten Überblick zu erhalten, empfiehlt sich, die bereits erwähnte Stakeholderanalyse, in der auch alle Gruppen auf Betroffenheit und emotionale Reaktionen exploriert werden können.

Emotionen können „entschärft“ werden, indem sie gehört und anerkannt werden. „Ich merke, dass Sie verärgert und wütend sind und kann das von Ihrem Standpunkt aus verstehen!“ Eine solche Aussage signalisiert dem Gesprächspartner, dass man sehr wohl imstande ist, den „gegnerischen“ Standpunkt zu verstehen. Wird das alles durch gute Kommunikation vermittelt, eröffnet sich die Möglichkeit, zur Sachlichkeit zurückzukehren, um so die Probleme zu besprechen.



“ Es ist darauf zu achten, dass es **bei Einsparungsmaßnahmen keine Gewinner oder Verlierer gibt**, das würde unweigerlich zu Konflikten führen.



Christa Fischer-Korp



© altoppeople - stock.adobe.com

Welche Rolle spielt die innere Haltung von Gemeindevverantwortlichen in diesen Prozessen?

Diese spielt eine sehr große Rolle, weil Menschen meist das ausstrahlen, was sie denken (oft erwähnte Ausnahme ist das Pokerface). Mit einer positiven Vision aus dem Strategieprozess und deren Verinnerlichung durch die politisch und verwaltungstechnisch Verantwortlichen, ist viel machbar.

Welche typischen Fehler werden bei der Kommunikation von Einsparungen gemacht?

Ein typischer Fehler ist es, nicht auf die Emotionen der Betroffenen einzugehen, sie in ihren Sorgen und Ängsten nicht ernst zu nehmen und dadurch von der emotionalen Ebene nicht mehr auf die sachliche zurückkehren zu können. Dadurch schwinden Vertrauen und Akzeptanz.

Ein Kommunikationsfehler ist es auch, wenn es keine positive Einstellung zum Prozess, keine gemeinsame Vision und keine gemeinsamen Ziele gibt. So etwas lässt sich auch nicht durch die beste Kommunikation ausgleichen.

Gibt es bewährte Methoden, um Ängste, Sorgen oder Misstrauen zu entschärfen?

Ängste und Sorgen von Menschen sind real und müssen ernst genommen werden. Man muss darauf eingehen.

Das kann sehr gut mit Fragetechniken gemacht werden: „Was genau wollen Sie besprochen haben, damit ihre Befürchtungen/Sorgen abnehmen?“ „Welches Thema wäre Ihnen jetzt hier beim Thema finanzieller Engpass wichtig zu besprechen, damit Ihre Sorgen und Ängste

zerstreut werden?“ „Wo und wie sehen Sie sich im Widerspruch zu uns?“

Ich denke, durch diese Form des Fragens ist gut zu erkennen, wie auf den Gesprächspartner eingegangen wird, sodass dieser auf die Sachebene zurückgeführt wird. Wer es nicht glaubt, sollte das einmal ausprobieren, Gelegenheiten gibt es dazu sicherlich genug. Fragetechniken sind ein hervorragendes, kommunikatives Handwerkszeug, das oft unterschätzt wird.

Wie lässt sich konstruktiver Dialog auch bei heiklen Themen wie Leistungskürzungen fördern?

Durststrecken können überwunden werden, wenn die Aussicht da ist, zu einem Brunnen zu kommen, das heißt, es muss eine Vision da sein, wie es in einem Zeitraum X weitergehen kann und was durch Einsparungen zukünftig erhalten werden kann bzw. möglich sein wird.

Welche „No-Gos“ sollte man bei der Kommunikation von Sparmaßnahmen unbedingt vermeiden?

Es gibt absolute No-Gos für jede Kommunikation, diese gelten auch für unser Thema hier: Etwa auf einen Vorschlag mit einem „Dafür bin ich nicht zuständig“ zu reagieren.

Ein Fehler ist auch, das Problem durch Aussagen wie „Das ist doch alles nicht so schlimm“ oder „Da müssen wir jetzt durch“, herunterzuspielen.

Auch Feststellungen wie „Warum haben Sie das nicht früher gesagt?“ oder „Sie regen sich ja nur auf, weil ...“, tragen nicht zu einem konstruktiven Dialog bei. Und auch Feststellungen wie „Da liegen Sie falsch“ verschlechtern das Gesprächsklima. ■■■

Emotionen können „entschärft“ werden, indem sie gehört und anerkannt werden.

🗨️ Durststrecken können überwunden werden, wenn die **Aussicht da ist, zu einem Brunnen zu kommen.**



Zur Person

Dr. Christa Fischer-Korp ist Biologin, Mediatorin und Kommunikationsexpertin in der Beratung von Unternehmen und Gemeinden
Tel.: 0664/355 82 85
www.cfk-wirtschaftsmiediation.eu



ENERGIEKOSTEN

Einsparpotenziale erkennen und gezielt nutzen

Steigende Energiekosten belasten die Budgets vieler Gemeinden zunehmend. Um finanziell handlungsfähig zu bleiben, sind sie mehr denn je gefordert, ihre Ausgaben zu analysieren und gezielt nach Einsparpotenzialen zu suchen. Gerade im Energiebereich bestehen erhebliche Möglichkeiten zur Kostensenkung – man muss nur wissen, wo sie zu finden sind. Die zwei größten Kostentreiber bei den Energiekosten entfallen auf Strom- und Heizkosten. In diesen Bereichen liegt das größte Einsparungspotenzial. Was kann die Gemeinde tun? [VON STEFAN KAISER](#)

Maßnahmen zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung zielen darauf ab, den Energieverbrauch drastisch zu reduzieren und die Energiekosten zu minimieren. Die Einsparungspotenziale sind enorm.

„Die Grundvoraussetzung für die Senkung von Energiekosten ist ein klares Verständnis darüber, wo Einsparpotenziale bestehen und welche Bereiche die größten Kosten verursachen. Ich muss wissen, wo setze ich den Hebel an“, so Monika Panek von der Energie- und Umweltagentur des Landes Niederösterreich (eNu) und empfiehlt: „Nutzen Sie die Daten aus Ihrer Energiebuchhaltung, um den Energieverbrauch detailliert zu erfassen und zu analysieren. Eine systematische Auswertung

dieser Informationen ermöglicht es, Schwachstellen zu identifizieren und gezielte Einsparmaßnahmen zu entwickeln.“ Deshalb nehmen Energiebeauftragte in den Gemeinden eine zentrale Rolle ein, wenn es um die effiziente Nutzung von Energie geht. Über die Servicestelle Energiebuchhaltung der eNu erhalten diese Personen dann gezielte Unterstützung bei der Erfassung und Auswertung des Energieverbrauchs.

Energiebeauftragte und Klimakompass senken Energiekosten

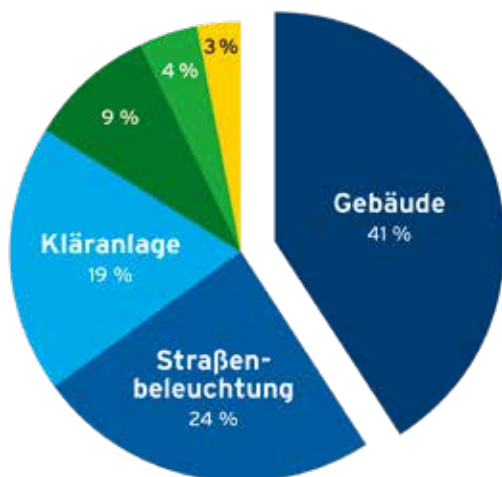
Wer seine Energiekosten senken und somit das Gemeindebudget entlasten will, braucht zudem den NÖ Klimakompass, der den aktu-

ellen IST-Stand der Gemeinde anzeigt. „Dabei werden die aktuellen Daten zusätzlich in Relation zu den Klimazielen für 2030 gestellt. Übersichtliche Darstellungen und detailreiche Auswertungen machen den Fortschritt der Gemeinde sichtbar und unterstützen bei der Erarbeitung konkreter Maßnahmen“, so Monika Panek.

Strom ist größter Energieverbraucher in Gemeinden

Strom wird in einer Gemeinde vor allem in Gebäuden verwendet. In einer Beispielgemeinde mit 2.000 Einwohnern entfallen über 40 Prozent auf diesen Verbrauchsposten. Fast ein Viertel des Stroms verbraucht dort die Straßenbeleuchtung. Weitere wichtige Verbraucher sind die Kläranlage, ein Schwimmbad und die Wasserversorgungsanlage. „Strom ist die teuerste Energieform. Daher ist es hier besonders wichtig, auf Effizienz zu achten“, sagt Monika Panek. Aufgrund der Erderhitzung wird auch der Stromverbrauch im Sommer durch vermehrte Klimaanlage steigen. „Photovoltaik-Anlagen und Erneuerbare Energiegemeinschaften ermöglichen den Gemeinden, die Abhängigkeit von Preisschwankungen und Netzkosten zu verringern, nachhaltigen Strom in der Gemeinde selbst zu erzeugen und Bürger und Bürgerinnen zu beteiligen“, skizziert Panek.

Stromverbrauch: 280.000 kWh/a
Gemeindebeispiel: 2.000 EW



© LarfBat - stock.adobe.com

Beispiel: Energieeffiziente Beleuchtung

In ganz Niederösterreich wurden bereits 72 Prozent aller Straßenbeleuchtungen auf LED-Technologie umgestellt. Die Erkenntnisse der letzten Jahre zeigen, dass sich dahingehende Investitionen lohnen – schließlich können beim Stromverbrauch Einsparungen bis zu 50 Prozent erzielt werden.

„Bei den meisten Projekten rechnen wir zwischen fünf und sieben Jahren, bis sich die Investition amortisiert hat“, erklärt Panek. Steigt der Strompreis wieder, gehe es natürlich noch schneller. Zusätzlich lässt sich der Verbrauch durch automatisches Dimmen in den Nachtstunden zwischen 22.00 und 6.00 Uhr weiter reduzieren. Durch eine situative Beleuchtung kann noch einmal erheblich eingespart werden. Bewegungsmelder erkennen Personen oder Fahrzeuge und steuern so individuell die notwendige Beleuchtungsstärke.

Neben den reduzierten Stromkosten ist auch die Lebensdauer von LED-Leuchten deutlich höher. Dazu kommt, dass die Umstellung auf LED-Straßenbeleuchtung vom Land NÖ gefördert wird, was Investitionen erleichtert.

Heizungstausch lohnt sich

Die Heizkosten sind neben jenen für Strom der größte Faktor bei den Energiekosten. Daher lohnt es sich, in eine neue Heizungsanlage zu investieren, vorzugsweise eine Anlage, deren Technologie

Mit der Umstellung auf LED-Lampen lässt sich der Stromverbrauch der Straßenbeleuchtung um bis zu 50 Prozent reduzieren.

“ Strom ist die teuerste Energieform.

Daher ist es hier besonders wichtig, auf Effizienz zu achten.



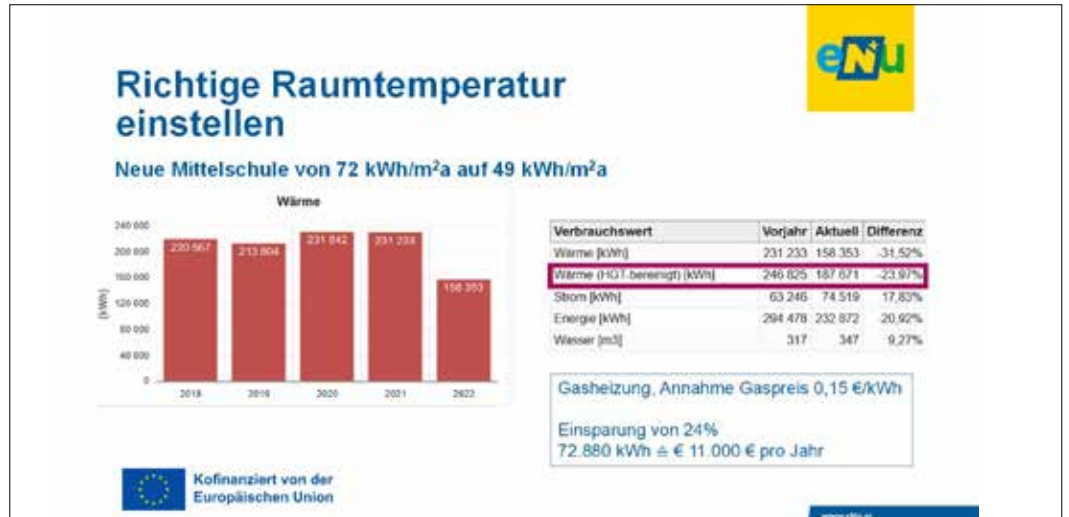
Monika Panek
Leiterin der Abteilung energie.gemeinde bei der Energie- und Umweltagentur NÖ



👉 Wenn die Temperatur um nur ein Grad Celsius reduziert wird, bedeutet das immerhin eine **Einsparung von etwa sechs Prozent**.



Monika Panek



auf erneuerbaren Energieformen basiert. Auch hierfür können Gemeinden auf bestehende Förderungen und KIP-Mittel zurückgreifen. So kann der Umstieg im besten Fall sogar ohne Eigenmittel gelingen, wie das kommunale Förderzentrum der Dorf- und Stadterneuerung an einem Kindergarten-Beispiel vorrechnet.

Optimierung der Heizungsanlagen

Doch die Heizkosten können auch durch kleine Maßnahmen schon wesentlich reduziert werden. Optimieren Sie die Einstellungen von Heizung und Lüftung oder bedenken Sie die Möglichkeit der Temperaturabsenkung an den Wochenenden. Auch eine geringfügige Reduktion der Raumtemperatur in der Heizsaison ist oft durchaus ohne Komfortverlust möglich. „Wenn die Temperatur um nur ein Grad Celsius reduziert wird, bedeutet das immerhin eine Einsparung von etwa sechs Prozent“, rechnet Panek vor.

In einer Mittelschule wurde das durch den Gebäudeverantwortlichen umgesetzt und spart damit ca. 11.000 Euro jährlich für die Gemeinde ein. Anhand der Energiebuchhaltung wird der Erfolg der Maßnahme sichtbar.

Thermische Sanierung von kommunalen Gebäuden

Abhängig von den Förderungen und der Amortisationszeit kann eine Gesamtsanierung oder Teilsanierung – trotz angespannter Gemeindebudgets – die Lösung sein. Dämmung der obersten Geschoßdecke amortisiert sich zum Beispiel schnell.

„Die Dämmung der obersten Geschoßdecke ist eine gute Investition. Durch die Decke zum Dachboden geht viel Energie verloren. Hier zu

dämmen ist relativ einfach, schnell ausführbar und kostet wenig“, so Panek. Die Heizkosten können um 15 bis 25 Prozent reduziert werden. Die Dämmung schützt zusätzlich vor Hitze im Sommer. Durch die firmenunabhängige Beratung der Experten und Expertinnen der Energieberatung NÖ bekommen Sie eine Planungs- und Entscheidungsgrundlage zum Thema Sanierung.

Kostenloses Beratungsangebot der Energieberatung NÖ

Die firmenunabhängige und umfassende Beratung der Energieberatung NÖ zeigt den Gemeinden Sanierungs- und Einsparpotenziale auf, zu folgenden Themen: Gebäude und Anlagen, Photovoltaik, Straßenbeleuchtung, e-Mobilität oder eine allgemeine Energieberatung. Dieses Beratungsangebot kann von jeder Gemeinde im Ausmaß von drei Tagen je Kalenderjahr gebucht werden. Dabei werden die anfallenden Beratungskosten zu 100 Prozent vom Ökomanagement NÖ gefördert. Heuer feiert die Energieberatung NÖ 20 Jahre. Die 350.000 Beratungen seither untermauern die Expertise.

i Servicestelle Energiebuchhaltung

Alle Fragen zu Klimakompass und Energiebuchhaltung an:
T: +43 2742 22 14 42
energiebuchhaltung@enu.at

Unter www.energie-noe.at/gemeinde finden Sie alle Beratungsangebote der Energie- und Umweltagentur NÖ für Gemeinden zu PV, Energiegemeinschaften, e-Mobilität, Klimakompass, Service für Energiebeauftragte, e5-Programm.

Wegweiser für Gemeinden durch die Förderlandschaft

Das „Next-Level“-Angebot der Dorf- & Stadterneuerung (siehe auch Seite 23) bietet Gemeinden die Möglichkeit, ihre Arbeitsabläufe mit Experten zu reflektieren, effizienter zu gestalten und so das Budget etwas zu entlasten. Neben strukturellen Einsparungen erhalten Gemeinden auch bei Investitionen Unterstützung, um verfügbare Mittel möglichst gut einzusetzen.

Viele Maßnahmen werden vom Land Niederösterreich oder vom Bund finanziell unterstützt. Um Fördermittel für geplante Projekte und Vorhaben optimal zu nutzen, ist ein guter Überblick über die vielfältige Förderlandschaft entscheidend.

Die Dorf- & Stadterneuerung, als Gemeindeagentur, verfügt über genau dieses Know-how. Sie hilft Gemeinden nicht nur dabei, gezielt Einsparungen zu erzielen, sondern unterstützt auch dabei, notwendige Investitionen – ob groß oder klein – effizient zu planen und passende Förderungen aus den richtigen Fördertöpfen zu nutzen. Ganz konkret unterstützt hier das Kommunale Förderzentrum der Gemeindeagentur, dessen Leiterin Karin Popp-Pichler, erklärt: „Das Kommunale Förderzentrum in Niederösterreich ist die erste Anlaufstelle für alle Gemeinden, die auf der Suche nach finanzieller Unterstützung für ihre Projekte sind. Egal, ob es um EU-, Bundes- oder Landesförderungen geht – hier erhalten Gemeinden einen umfassenden Überblick über die besten Möglichkeiten, um ihre Vorhaben zu realisieren. Jede Entwicklung, jeder Prozess in

„Jede Entwicklung, jeder Prozess in der Gemeinde erfordert finanzielle Mittel. Hier kommen

Förderungen ins Spiel, und genau durch diese dichte Förderlandschaft lotsen wir die Gemeinden mit unserem Know-how.



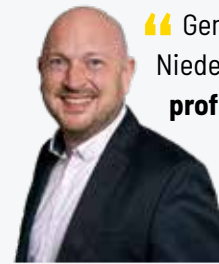
Karin Popp-Pichler
Leiterin des Kommunalen Förderzentrums der Dorf- und Stadterneuerung

der Gemeinde erfordert finanzielle Mittel. Hier kommen Förderungen ins Spiel, und genau durch diese dichte Förderlandschaft lotsen wir die Gemeinden mit unserem Know-how.“ 2024 wurden fast 70 Prozent aller Gemeinden beraten, über 1.000 Gespräche wurden absolviert. Zu den Angeboten gehören unter anderem Förderungen für Flächenrecycling zur Reduktion von Bodenverbrauch und Leerstand (Bund), Begrünung bei Gebäuden (Bund), sowie Bau- und Gestaltungsberatung und Energieberatung (Land NÖ).

Der Trend zeigt: Gemeinden suchen zunehmend nach Lösungen, um ihre Infrastruktur umweltfreundlicher zu gestalten – „sei es durch energieeffiziente Sanierungen oder durch den Umstieg auf Elektro-Fahrzeuge“, so Popp-Pichler. Auch hier gibt es seitens der Dorf- & Stadterneuerung einen kostensenkenden Hebel durch das NÖ Beschaffungsservice.

15 bis 50 Prozent Ersparnis durch Beschaffung

Die Gemeinden in Niederösterreich geben jährlich in etwa fünf Milliarden Euro aus – bis zu 25 Prozent entfallen auf Beschaffungskosten für beispielsweise Fahrzeuge, IT, Büroausstattung, Infrastruktur oder Dienstleistungen. Das Beschaffungsservice Niederösterreich unterstützt Gemeinden, nachhaltig, sozial verantwortlich und kostengünstig einzukaufen. „Damit entlasten wir Gemeinden finanziell, stärken gleichzeitig die regionale Wirtschaft und schonen die Umwelt durch weniger Transportwege“, so Stephan Schachinger, Leiter des NÖ Beschaffungsservice. Er erklärt weiter: „Gemeinden in Niederösterreich profitieren von der nachhaltigen Beschaffung – von E-Autos bis zu Trinkwasserspender. Durch spezielle Angebote sind Einsparungen von 15 bis 50 Prozent möglich. Und wir schauen uns die Lebenszykluskosten genau an.“ Abhängig von der beschaffenen Ware und Menge können Ersparnisse von bis zu 100.000 Euro möglich sein.



„Gemeinden in Niederösterreich profitieren von Rabatten auf nachhaltige Beschaffungen.“

Stephan Schachinger
Leiter des NÖ Beschaffungsservice

Ehrenamt gewinnt wieder an Bedeutung

Auch im Kleinen kann Großes entstehen. Niederösterreich war immer schon ein Land der Macher, der Tüchtigen, der Gemeinschaft. Die Dorferneuerungsvereine arbeiten seit 40 Jahren im Ehrenamt mit den Gemeinden zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam anzupacken. Eine sehr erfolgreiche Idee, die die Kraft der kleinen Einheiten nutzt.

Im Jubiläumsjahr zeigt sich: Mehr als 15.000 Projekte wurden in den vergangenen 40 Jahren umgesetzt und haben eine Wertschöpfung in Höhe von ca. 600 Mio. Euro ausgelöst. Auch hier lassen sich wertvolle Synergien finden. Jede Gemeinde profitiert von einem aktiven Dorferneuerungsverein – nicht nur politisch, sondern vor allem auch menschlich. Er stärkt das Engagement vor Ort und fördert den sozialen Zusammenhalt – ein wertvoller Beitrag für eine lebendige und zukunftsfähige Gemeinschaft. ■■■

i Dorf- & Stadterneuerung

Alles über Förderungen:
www.foerderzentrum.at

Alles zum Thema Beschaffung:
www.beschaffungsservice.at

Alle Angebote für Gemeinden:
www.dorf-stadterneuerung.at/angebote

■ EIN VERBAND FÜR ALLE FÄLLE

Abgabeneinhebung leicht gemacht

Effizienz, Entlastung und gebündeltes Fachwissen: Dafür steht der GDA, der 38 Gemeinden sowohl bei der Abfallentsorgung als auch bei der Abgabenverwaltung unterstützt. Durch die gemeinsame Organisation werden Verwaltungsaufgaben vereinfacht, Kosten gesenkt und die Servicequalität für Bürgerinnen und Bürger spürbar verbessert. [VON HELMUT REINDL](#)

Der **Gemeinde-Dienstleistungsverband Region Amstetten**, kurz GDA, entstand aus dem Zusammenschluss des Abgabenverbandes Amstetten mit dem Umweltverband Amstetten. Mit diesem Schritt wurde 2016 eine gemeinsame Struktur geschaffen, um Aufgaben im Bereich Abgaben und Umwelt unter einem Dach zu vereinen. Dieser Zusammenschluss wurde damals in einer Vereinbarung zwischen den Gemeinden offiziell besiegelt. Ziel des GDA ist es, die Gemeinden bei ihren Aufgaben effizient zu unterstützen. Mittlerweile hat der Verband 38 Mitglieder.

Abgabenaufkommen steigt kontinuierlich

Im Abgabewesen übernimmt der Verband für die Mitgliedsgemeinden zentrale Aufgaben. Dazu zählen insbesondere die Kommunalsteuer, Kanal- und Wassergebühren, Grund-

steuer sowie Müllgebühren. Darüber hinaus auch sonstige Abgaben wie die Tourismusabgabe oder die Hundesteuer. „Insgesamt steigt das Abgabenaufkommen kontinuierlich – mit Ausnahme der Grundsteuer, deren Höhe seit vielen Jahren nicht angepasst wurde“, sagt Amtsleiter und Geschäftsführer Wolfgang Lindorfer. Das werde besonders im Vergleich zu anderen Abgaben – etwa für den Kanal und Wasser – deutlich.

Abläufe werden vereinfacht

Ziel ist es, die Abläufe in den Gemeinden zu vereinfachen und die Qualität der Verwaltungsarbeit zu sichern. Durch die gemeinsame Organisation kann Fachwissen gebündelt und Ressourcen können effizient eingesetzt werden. Für die Gemeinden bedeutet das eine Entlastung. Sie müssen nicht mehr selbst

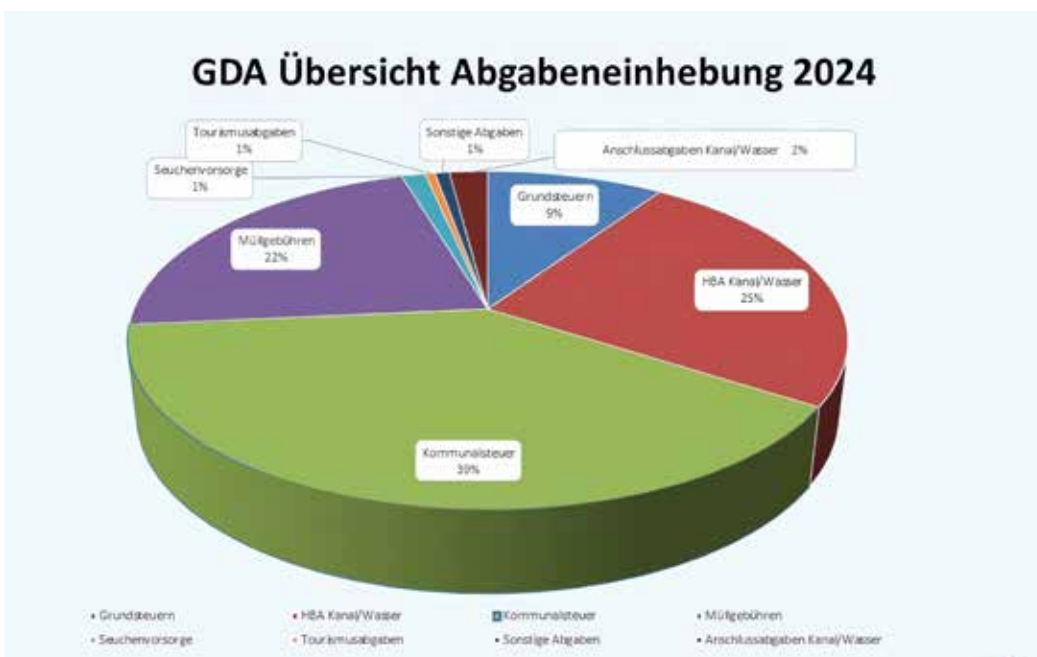


© Mostropolis

“**Das Abgabenaufkommen steigt kontinuierlich** – mit Ausnahme der Grundsteuer, deren Höhe seit vielen Jahren nicht angepasst wurde.



Wolfgang Lindorfer
Amtsleiter des GDA



Personal und Software für das Abgabewesen bereitstellen. Das übernimmt der GDA zentral.

Gemeinden entscheiden, welche Aufgaben sie an den Verband übertragen

Den Gemeinden steht es frei, Kompetenzen zur Einhebung der Abgaben vollständig oder nur teilweise an den GDA übertragen. Geschäftsführer Lindorfer: „Bei der Abfallentsorgung und beim Recycling wurden uns sämtliche Aufgaben übertragen – inklusive der rechtlichen Ausgestaltung und Tarif-Festlegung. Im Gegensatz dazu behalten manche Gemeinden bei Kanal- und Wassergebühren das Verordnungsrecht in eigener Hand. Bei anderen Abgaben gibt es wiederum gesetzliche Vorgaben, die wir lediglich vollziehen, wo wir aber weder als Verband noch als Gemeinde Gestaltungsrechte haben.“

Derzeit nutzen noch nicht alle Mitgliedsgemeinden des GDA auch die Möglichkeit, Abgaben einheben zu lassen. „Wir versuchen die wenigen, die noch nicht dabei sind, von der Sinnhaftigkeit zu überzeugen“, sagt Anton Kasser, Bürgermeister von Allhartsberg und Obmann des GDA. Oft scheitert es noch daran, dass Gemeindemitarbeiter ihr Aufgabengebiet behalten wollen. „Ich nehme aber an, dass der Rechenstift auch diese Gemeinden rasch in die Kooperation treiben wird.“

Über 80 Prozent der Mitgliedsgemeinden nutzen die Services, die der GDA bietet, umfassend. Vor allem kleinere Gemeinden profitieren von der Effizienz und der Entlastung. So werden Grundsteuer und Kommunalsteuer zu 89 Prozent, digitale Services sogar zu 97 Prozent genutzt. Bei reiner Abgabeneinhebung liegt die Teilnahmequote bei rund 60 Prozent. Städte mit eigenem Verwaltungsapparat übernehmen viele Aufgaben selbst, aber auch hier gibt es Beispiele – etwa bei der Gebührenbremse in Vorjahr – bei welcher der GDA als Dienstleister hinzugezogen wurde.

Kosten sparen

Die Kostenersparnis ist enorm: „Wenn eine Gemeinde die Abgaben selbst einhebt, dann müssen ca. 13 Prozent davon für die Verwaltung ausgegeben werden. Wenn es über den Verband gemacht wird, dann sind es höchstens drei Prozent. Das heißt, die Gemeinde erspart



Das GDA-Team mit Andreas Schmidinger, Sarah Schmutz, Wolfgang Lindorfer, Eva Zirkler und Marcus Haunold.

sich rund zehn Prozent der Abgabenhöhe“, rechnet Anton Kasser vor.

Politische Entscheidungen werden in der Verbandsversammlung getroffen, in der alle Gemeinden des Bezirks Amstetten und der Stadt Waidhofen an der Ybbs mit Sitz und Stimme vertreten sind. Ein Steuerungsgremium ist der Verbandsvorstand, wo zehn aus der Verbandsversammlung gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister intensiv an der strategischen Ausrichtung und den zentralen finanziellen Entscheidungen des Verbandes arbeiten. Dort werden die Vorgaben für die Geschäftsführung erarbeitet und rechtsverbindliche Verwaltungstätigkeiten durchgeführt.

Weniger emotionale Diskussionen mit Bürgern

„Dadurch, dass die Abgaben durch den GDA eingehoben werden, ersparen sich die Gemeinden viele emotionale Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern, die durch uns als neutralen Dienstleister abgedeckt werden“, weiß Geschäftsführer Lindorfer. Bei heiklen Entscheidungen wird immer mit der jeweiligen Gemeinde Rücksprache gehalten. „Wenn Bürger Abgaben nicht bezahlen, kann es im schlimmsten Fall passieren, dass gepfändet werden muss. Das passiert aber nie, ohne dass der jeweilige Bürgermeister informiert wurde“, erläutert Kasser. Glücklicherweise komme das aber höchst selten vor. ■■■



© Mostropolis

“ Die Gemeinde erspart sich rund **zehn Prozent der Abgabenhöhe.** ”

Anton Kasser
Landtagsabgeordneter,
Bürgermeister von Allhartsberg sowie Obmann des GDA

■ MEHR MITEINANDER, WENIGER KOSTEN

Kinderbetreuung als Gemeinschaftsprojekt

17 Waldviertler Gemeinden arbeiten bei der Kinderbetreuung im Rahmen eines gemeinnützigen Vereins zusammen. Profitieren tun alle: Kinder, Eltern, Mitarbeiter und Gemeinden. [VON HELMUT REINDL](#)

Ein geeigneter Standort, Mitarbeiter-Recruiting, die Suche nach Ersatz bei Erkrankungen, die gesamte Abrechnung, Kommunikation mit den Eltern oder Förderansuchen – Kinderbetreuung zu organisieren, ist für eine Gemeinde ein gewaltiger finanzieller sowie organisatorischer Aufwand.

Aus diesem Grund schlossen sich vor zehn Jahren Gemeinden im Waldviertler Kernland zusammen, um die Kinderbetreuung gemeinsam zu organisieren.

Die NÖ-Kinderbetreuung startete über die W4 Projects GmbH damals vier Tagesbetreuungseinrichtungen in den Gemeinden Albrechtsberg, Schönbach, Grafenschlag und Waldhausen für Kinder zwischen sechs Monaten und zwölf Jahren.

Die Nachfrage wuchs rasant und deswegen wurde 2017 ein gemeinnütziger Verein gegründet. Mittlerweile sind 17 Gemeinden aus den vier Bezirken Zwettl, Krems-Land, Waidhofen/Thaya und Gmünd Mitglied des Vereins. Als Obmann fungiert seit 2019 der Bürgermeister von Bad Traunstein, Roland Zimmer. Betreut werden rund 300 Kinder. Damit ist der Verein einer der größten Träger von Tagesbetreuungseinrichtungen im Land.

Bereits von Anfang an bot man die Betreuung für Kinder ab einem Alter von einem halben Jahr an, sodass die große NÖ Kinderbetreuungsoffensive keine großen Auswirkungen hat.

Kooperation spart Kosten

Der Verein übernimmt die komplette Verwaltung, also auch die Lohnverrechnung und die Förderansuchen. Von Vorteil ist auch, dass bei Krankenständen oder Urlauben Personal verschoben werden kann, sodass es zu keinen Engpässen kommt.

Die Rechnung geht auf

Jede Gemeinde bezahlt einen jährlichen Sockelbeitrag von 2.000 Euro und einen

Trägerförderungsanteil von maximal 23.265 Euro bei VIF-konformer Öffnungszeit (VIF = Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf).

„Für die Differenz, die dann noch bleibt, zahlen wir derzeit einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von 118 Euro pro Kind. Je mehr Kinder man in der Tagesbetreuung hat, desto niedriger ist der Mitgliedsbeitrag pro Kind“, erläutert Obmann Zimmer. Das gilt für alle Gemeinden, unabhängig von der Größe.

Für Bad Traunstein sah die Rechnung im Geschäftsjahr 2023/24 so aus:

Sockelbeitrag:	2.000,00 Euro
Trägerförderungsanteil:	11.283,60 Euro
Mitgliedsbeitrag pro Kind:	9.291,00 Euro
Gesamtkosten:	22.574,60 Euro

Würde die Gemeinde die Tagesbetreuungseinrichtung selbst organisieren, käme man ungefähr auf folgende Kosten:

- **Personalkosten für eine 40-Stunden-Kraft:**
53.120 Euro
- **Personalkosten für eine 10-Stunden-Kraft:**
16.800 Euro
- **Gesamtkosten: 69.920 Euro**

Die Gemeinde **erspart sich durch die Kooperation also gut 47.000 Euro** im Jahr.

Orientierung an den Bedürfnissen der Familien

Der Verein bemüht sich, das Angebot an die Bedürfnisse der Familien anzupassen – sei es für regelmäßige Betreuung oder wenn kurzfristige Unterstützung benötigt wird, etwa bei Arztterminen.

„Natürlich kann es vorkommen, dass es einmal in einer Gemeinde keinen Kindergartenplatz für beispielsweise ein zweijähriges Kind gibt. Da überbrückt man die Zeit, bis ein Platz frei wird, indem das Kind in der Tagesbetreuungseinrichtung bleibt“, berichtet Roland Zimmer,



„Je mehr Kinder man in der Tagesbetreuung hat, desto niedriger ist der Mitgliedsbeitrag pro Kind.“

Roland Zimmer
Bürgermeister von
Bad Traunstein

Information

Verein
NÖ-Kinderbetreuung
Tel.: 02878/600 85
office@noe-kinderbetreuung.at
www.noe-kinderbetreuung.at



© Verein NÖ-Kinderbetreuung



Personalprobleme hat man keine, es gibt auch immer wieder Bewerbungen.

dass in solchen Fällen sehr pragmatisch vorgegangen wird.

Flexibilität beim Personal

Derzeit hat der Verein 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon jeweils zur Hälfte Elementarpädagoginnen und Betreuungspersonen in NÖ-Tagesbetreuungseinrichtungen.

Personalprobleme hat man keine, es gibt auch immer wieder Bewerbungen. Bürgermeister Zimmer führt das auf die hohe Flexibilität zurück: „Unser Personal stammt zu einem Großteil aus der Region. Es gibt somit keine weiten Anfahrtszeiten. Sollte jemand krankheitshalber ausfallen, wird im Büro Ersatzpersonal eingeteilt. Die kurzen Wege, die wir anbieten, sind da natürlich für die Arbeitnehmerinnen besonders attraktiv.“

Als weiteres wichtiges Kriterium nennt Zimmer die Gestaltungsfreiheit im Team. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestalten ihre Dienstpläne sowie den Tagesablauf weitgehend selbst. Mit einem starren System würde so etwas nicht funktionieren.“

Gemeinden profitieren von Personal-Pool

Gerade für kleinere Gemeinden ist der Zugriff auf einen Pool an qualifiziertem Personal ein entscheidender Vorteil. „Wir haben einen großen Pool an Personal. Wenn beispielsweise vormittags nur wenige Kinder in einer Gruppe sind, kann eine Mitarbeiterin auch an einem anderen Standort eingesetzt werden. So kann man gut jonglieren.“ Dabei werde aber darauf geachtet, dass der Einsatzort in der Umgebung ist, damit keine langen Anfahrtswege anfallen. ■■■

““ Bad Traunstein erspart sich durch die Kooperation gut **47.000 Euro im Jahr.**



KOSTEN

Kosten für Mitgliedsgemeinden:

- ▶ **jährlicher Sockelbeitrag**
in der Höhe von 2.000 Euro
- ▶ **Trägerförderungsanteil:**
Für jede bewilligte Gruppe ein pauschaler Anteil von max. 23.265 Euro bei VIF-konformer Öffnungszeit. Werden die Räumlichkeiten von der Gemeinde zur Verfügung gestellt, verringert sich der pauschale Anteil der Standortgemeinde um maximal 8.290 Euro pro Gruppe
- ▶ **Mitgliedsbeitrag pro Kind monatlich:**
aktuell 118 Euro (Je mehr Kinder man in der Tagesbetreuung hat, desto niedriger ist die Pro-Kopf-Quote.)

Förderung Land NÖ:

- ▶ **Beitragsfreier Vormittag:**
In der Zeit von 7-13 Uhr übernimmt das Land NÖ die Betreuungskosten für alle bis zum 3. Geburtstag. Voraussetzung: Kind + ein Elternteil haben den Hauptwohnsitz in NÖ
- ▶ **Trägerförderung:**
Für jede bewilligte Gruppe eine Förderung in Höhe von 23.265 Euro bei VIF-konformer Öffnungszeit

BEST PRACTICE

Sparen als Tugend – Ehrenamt als Motor

Reingers, eine kleine, aber lebendige Marktgemeinde an der tschechischen Grenze im Bezirk Gmünd, kennt die Herausforderungen von strukturschwachen Regionen nur zu gut: wenig Betriebe, sinkende Einwohnerzahlen, begrenzte Einnahmen. Schon einmal, zwischen 2008 und 2010, gelang es der Gemeinde nicht, ihren Haushalt ohne Hilfen auszugleichen. Doch statt zu resignieren, setzte Reingers auf einen anderen Weg: ehrliches Sparen, durchdachte Zusammenarbeit und vor allem – ein aktives, verlässliches Ehrenamt. Bürgermeister Andreas Kozar erzählt im Interview, warum in Reingers jeder Euro zwar zählt, aber der Zusammenhalt noch viel mehr. [☞ VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

NÖ GEMEINDE: Herr Bürgermeister, Reingers hat eine besondere Geschichte, was den Umgang mit knappen Gemeindefinanzen betrifft.

Wie würden Sie heute die Philosophie Ihrer Gemeinde beschreiben?

ANDREAS KOZAR: Unsere Philosophie ist geprägt vom Bewusstsein, dass wir mit den Ressourcen haushalten müssen, die wir zur Verfügung haben. Unsere geografische Lage, die vergleichsweise geringe Betriebsstruktur und die Tatsache, dass wir immer wieder mit Abwanderung zu kämpfen haben, geben uns wenig Spielraum. Das hat uns nicht resignieren lassen, sondern vielmehr dazu motiviert, kreative Lösungen zu finden. Ohne Ehrenamt würde vieles bei uns nicht existieren – ob Feuerwehrhäuser, Sportplätze oder teilweise auch das Gemeindeamt selbst. Unsere Denke war immer: „Wenn wir etwas haben wollen, müssen wir selbst anpacken.“ Dieses Prinzip hat sich tief eingebrannt.

War diese Einstellung schon immer so stark?

Teils, teils. Die „äußeren“ Umstände haben es uns abverlangt. Aber ich glaube schon, dass im ländlichen Raum ein gewachsenes Bewusstsein dafür besteht, dass die Gemeinschaft uns stark macht. Bei uns hat sich das in den letzten 15 Jahren durch die finanzielle Herausforderung noch verstärkt. Wir verstehen Sparen nicht als Verzicht – sondern als Chance, klüger und gemeinschaftlicher zu handeln.

Wenn Sie zurückblicken: Welcher „Spar-Coup“ hat Sie besonders stolz gemacht?

Ganz klar das Feuerwehrprojekt – unser HLF2. Der Gesetzgeber schreibt nach der Gefahrenmatrix vor, dass wir so ein Fahrzeug haben müssen. Für kleine Gemeinden ist das ein enormer Brocken. Durch unsere Kontakte konnten wir ein gebrauchtes Fahrzeug aus Graz erwerben, viel älter als ursprünglich gedacht, aber voll funktionsfähig. Mit Eigenleistung und handwerklichem Geschick der Kameraden haben wir es einsatzfähig gemacht. Der Spareffekt? Mehr als 100.000 Euro. Und den Betrag im sechsstelligen Bereich, den wir uns damit erspart haben, konnten wir in die dringend notwendige Generalsanierung des 40 Jahre alten Feuerwehrhauses stecken.

Also ein doppelter Gewinn ...

Genau. Und das Schönste daran ist: Es hat nicht an Qualität verloren. Das zeigt: Manchmal ist die vermeintliche „billigere“ Variante sogar die bessere Lösung, wenn Engagement und Wissen vorhanden sind.

In anderen Gemeinden ist Sparen fast ein Schimpfwort. Wie schaffen Sie es, eine positive Grundhaltung zu etablieren?

Indem wir Sparen nicht als Einschränkung, sondern als Chance begreifen. In der Bevölkerung ist ein tiefes Verständnis vorhanden: Eigenleistung und bewusster Umgang mit den Mitteln sind Voraussetzung für jede Umsetzung. Viele wissen genau: Wenn ich heute persönlich mitarbeite, kann ich morgen etwas benützen, was ohne mich vielleicht nie entstanden wäre. Das erzeugt eine ganz andere Identifikation.



“Ohne Ehrenamt würde vieles bei uns nicht existieren

– ob Feuerwehrhäuser, Sportplätze oder teilweise auch das Gemeindeamt selbst.



Andreas Kozar
Bürgermeister von Reingers



Mit Eigenleistung und handwerklichem Geschick wurde ein gebrauchtes gekauftes Feuerwehrfahrzeug wieder einsatzfähig gemacht.

Können Sie ein weiteres Beispiel nennen, wo durch sparsamen Zugang sogar Qualität entstanden ist?

Neben dem Feuerwehrprojekt würde ich unsere Straßen- und Ortsbildpflege nennen. Früher haben wir diese Aufgaben an externe Unternehmen vergeben. Heute erledigen das zu großen Teilen Ehrenamtliche oder eigene Gemeindebedienstete – flexibler, engagierter und mit einem Blick fürs Detail vor Ort. Das Ergebnis ist sichtbarer, freundlicher und gleichzeitig kostengünstiger. Auch unsere LED-Umrüstung 2012 zeigt das: Mit relativ moderaten Investitionen erzielen wir heute jährlich eine Einsparung bei der Straßenbeleuchtung von rund 8.000 bis 10.000 Euro.

Reingers war eine der ersten Gemeinden, die Steuer- und Abgabeneinhebungen an den Gemeindeverband delegiert haben. Warum?

Diese Entscheidung war ein klarer strategischer Schritt. Statt teure Fachkompetenz im eigenen Haus fortlaufend aufrechterhalten zu müssen, lassen wir Mahnwesen, Vorschreibungen und Einhebungen zentral erledigen. Das spart Zeit, Nerven und auch Geld. Gleichzeitig werden personelle Ressourcen frei für Aufgaben, die direkten Bürgerkontakt erfordern. Der Bürger spürt sofort: Da kümmert sich jemand persönlich um mich, etwa im Meldewesen oder bei Bauberatungen.

Sehen Sie darin auch ein Modell für andere Bereiche?

Absolut. Ich denke, Gemeindeverbände könnten noch viel mehr Aufgaben koordi-

nieren oder übernehmen. Besonders kleinere Gemeinden dürfen Kooperation nicht mehr als Eingeständnis von Schwäche sehen – sondern als Weg, ihre Unabhängigkeit durch partnerschaftliche Zusammenarbeit abzusichern.

Wie funktioniert in Ihrer Gemeinde die Zusammenarbeit mit Wassergenossenschaften?

Hervorragend. Die sechs Wassergenossenschaften im Gemeindegebiet sind Paradebeispiele für Selbstverwaltung. Ich bin selbst bei zweien Obmann. Diese Konstruktionen sorgen dafür, dass Gebühren sozial verträglich bleiben, Investitionen bedarfsorientiert erfolgen und gleichzeitig die Identifikation der Mitglieder mit ihrer eigenen Infrastruktur sehr hoch ist. Außerdem: Die Mitglieder entscheiden bei jeder wesentlichen Veränderung selbst mit. Das schafft Transparenz und vermeidet Anonymität, wie sie bei zentraler Verwaltung schnell entsteht.

Das Ehrenamt spielt also nicht nur in der Feuerwehr eine Rolle?

Keineswegs. Auch bei Dorferneuerung, Kulturaktivitäten oder bei neuen Initiativen wie dem Pumptrack war das Ehrenamt Motor. Wenn die Menschen merken, dass sie mitgestalten können und ihr Einsatz geschätzt wird, dann findet sich auch Beteiligung. Besonders bei den jungen Menschen, auch wenn es oft Anreize oder konkrete Projekte braucht, die ihre Interessen treffen.

War es schwierig, junge Menschen für Engagements zu gewinnen?

“ Wir verstehen Sparen nicht als Verzicht – sondern als Chance, klüger und gemeinschaftlicher zu handeln.





© Gemeinde Reingers

Beim Bau der neuen Pumptrack waren die Jugendlichen der Gemeinde hochmotiviert.

Jein. Es hängt stark vom Zugang ab. Wenn es gelingt, das „Feuer“ bei den jungen Menschen für spezielle Projekte zu entfachen, sind sie an Bord. Wenn ihnen zugetraut wird, eigene Ideen einzubringen, sind sie hochmotiviert. Beim Pumptrack-Projekt war das perfekt: Die Initiative kam zum Teil sogar von den Jugendlichen selbst über den Verein „Bike.Fit Union Waldviertel“. Da war dann nicht mehr viel Überzeugungsarbeit nötig.

Sie sprechen oft von „emotionaler Wertschöpfung“. Was genau verstehen Sie darunter?

Wer an der Verwirklichung eines Projekts beteiligt war – sei es durch körperlichen Einsatz oder kreative Inputs – identifiziert sich ganz anders mit der eigenen Gemeinde. Öffentlicher Raum, der selbst gestaltet wurde, wird gepflegter behandelt. Es entsteht Stolz. Diese emotionale Bindung ist für mich unbezahlbar – sie ist nachhaltiger als jede kurzfristige Förderung oder einmalige Investition.

Kann ehrenamtliches Engagement manchmal auch die Grenze zur Ausbeutung überschreiten?

Diese Gefahr besteht, wenn Ehrenamt als selbstverständlich vorausgesetzt wird ohne Wertschätzung zu zeigen. Wir achten sehr bewusst darauf, öffentlich Danke zu sagen – in Ansprachen, in Printmedien, im persönlichen Gespräch. Und wichtig ist auch, sich klar zu machen: Ehrenamtliche sind keine „Gratis-Arbeitskräfte“. Sie sind Bürgerinnen und Bürger, die einen Beitrag leisten wollen. Da muss auch Raum für Geselligkeit, Gemeinschaft und Anerkennung sein.

Wie wichtig ist es als Bürgermeister, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen?

Extrem wichtig. Ich bin überzeugt: Nur wer selbst zeigt, dass er sich nicht zu schade ist

für einfache Arbeiten – wie Grünschnitt oder das Kehren des Gehsteigs –, kann glaubwürdig Engagement von anderen erwarten.

Welchen Rat würden Sie kleinen, strukturschwachen Gemeinden geben, die mit knappen Budgets kämpfen?

Prinzip Nummer eins: Setzt euer Personal dort ein, wo die Bürger es unmittelbar spüren – bei Serviceleistungen. Bürokratische Aufgaben und Backoffice-Tätigkeiten sollten, wo möglich, gemeinsam organisiert oder ausgelagert werden. Prinzip Nummer zwei: Nicht alles kann über klassische Kostenstellen betrachtet werden. Wer die Dorferneuerung streicht, spart vordergründig – aber verliert möglicherweise örtliches Engagement, Identifikation und Attraktivität für Jungfamilien. Diese Faktoren bestimmen, ob eine Gemeinde Zukunft hat.

Wie sehen Sie die digitale Transformation in Gemeinden?

Digitalisierung erleichtert vieles, aber sie ist kein Selbstläufer. Gerade Softwarekosten sind für kleine Gemeinden eine enorme Belastung – wir zahlen allein rund 15.000 Euro pro Jahr, oft für Funktionen, die wir kaum nützen. Hier braucht es dringend eine landesweite, gemeindeübergreifende Strategie. Sonst unterstützt die Massenabrechnung am Ende nur die großen Konzerne, während die Gemeinde finanziell erdrückt wird.

Ganz zum Schluss: Gibt es einen Bereich, in dem Reingers bewusst nicht spart?

Tatsächlich nicht spezifisch. In unserer Größenordnung ist der Spargedanke in jeder Beschaffung, jeder Projektplanung präsent. Aber: Wir setzen bewusst auf Qualität statt Billigpreise, um Folgekosten niedrig zu halten. Bestbieter schlägt Billigstbieter – immer. ■■■

“ Öffentlicher Raum, der selbst gestaltet wurde, wird gepflegter behandelt.



GEMEINDECOACHING

Next Level: Reflexion als Schlüssel zum Erfolg

Neue Unterstützung der Dorf- & Stadterneuerung für Gemeinden bei Prozessen und Abläufen,

Die Expertinnen und Experten der Dorf- & Stadterneuerung unterstützen bei der Planung und Umsetzung von Projekten – von Förderberatung bis Bürgerbeteiligung. Für Visionen, Chancen oder Ideen muss allerdings auch Zeit vorhanden sein. Deshalb gibt es ein neues Angebot für die Gemeindegipfel: „Gemeinden stehen täglich vor vielfältigen Herausforderungen. Neben administrativen Aufgaben, bürokratischen Anforderungen und der Umsetzung neuer Projekte bleibt oft wenig Zeit, um bestehende Prozesse zu hinterfragen oder langfristige Entwicklungen strategisch zu steuern“, erklärt Hubert Berg von der Dorf- & Stadterneuerung, der Gemeindeagentur. Genau hier setzt das Programm „Next Level“ der Dorf- & Stadterneuerung an. „Es bietet Gemeinden die Möglichkeit, ihre Arbeitsabläufe mit Experten zu reflektieren und effizienter zu gestalten. Es geht darum, nachhaltige Strukturen zu schaffen, um mehr Zeit für die Bürgerinnen und Bürger aufwenden zu können“, so Hubert Berg.

Wachsende Anforderungen an Gemeinden

Die Anforderungen an kommunale Verwaltungen sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Neben den klassischen Verwaltungsaufgaben rücken Themen wie Klimaschutz, Digitalisierung und Bürgerbeteiligung zunehmend in den Fokus. Hubert Berg erklärt, wie die Beratung funktioniert: „Der Prozess beginnt mit einer umfassenden Bestandsaufnahme. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung werden die bestehenden Strukturen betrachtet und Potenziale für effizientere Abläufe identifiziert.“ Dabei stehen folgende Fragen im Mittelpunkt: Welche Strukturen und Abläufe bewähren sich mehr und welche weniger? Wie können Verwaltungsprozesse optimiert werden, ohne an Qualität zu verlieren? Wie lässt sich die Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinde als auch mit Bürgern und lokalen Akteuren stärken?

Auf Basis dieser Analyse werden praxisnahe Maßnahmen entwickelt, die genau auf die jeweilige Gemeinde zugeschnitten sind. Dies



© Naascha Macheiner

Ein zentraler Aspekt des Programms ist es, den Gemeinden mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe zu verschaffen: die Arbeit für und mit den Bürgern.

kann beispielsweise die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, die bessere Vernetzung mit lokalen Initiativen oder die gezielte Einbindung ehrenamtlicher Strukturen umfassen.

Mehr Zeit für die Bürger durch optimierte Prozesse

Ein zentraler Aspekt des Programms ist es, den Gemeinden mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe zu verschaffen: die Arbeit für und mit den Bürgerinnen und Bürgern. „Durch effizientere Abläufe können Ressourcen gezielter eingesetzt werden, sodass nicht nur Verwaltungsaufgaben schneller erledigt werden, sondern auch mehr Raum für langfristige Entwicklungen entsteht“, so Berg. Wichtig sei aber, den Prozess nicht als einmalige Beratung zu sehen, sondern als kontinuierliche Reflexion, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelebt werden kann. Welche Maßnahmen haben sich bewährt? Wo gibt es noch Optimierungspotenzial? Durch regelmäßige Rückmeldungen an die Experten und Expertinnen wird sichergestellt, dass die angestoßenen Veränderungen nachhaltig wirken. ■■■



© Straub

„Das Programm bietet Gemeinden die Möglichkeit, ihre **Arbeitsabläufe mit Experten zu reflektieren und effizienter zu gestalten.**“

Hubert Berg
Mitarbeiter der Dorf- und Stadterneuerung

Information

www.dorf-stadterneuerung.at/angebot/gemeindecoaching/

HAUSHALTSANALYSE

Transparenz schaffen – Zukunft gestalten

Um die steigenden Kosten zu analysieren und unter Kontrolle zu bekommen, bietet das Steuerberatungsunternehmen BDO eine übersichtliche Haushaltsanalyse für Gemeinden. ✉ VON ANDREAS SCHLÖGL UND GÜNTER TOTH

Steigende Kosten für Infrastruktur, Sozialleistungen und Klimaschutzmaßnahmen treffen auf begrenzte Einnahmequellen der Gemeinden. Eine vorausschauende Haushaltsführung ist daher wichtiger denn je. Die finanziellen Herausforderungen sind bekannt:

- **Steigende Kostenbelastung:** Inflation, höhere Personalausgaben und zunehmender Investitionsbedarf setzen die kommunalen Haushalte unter Druck.
- **Unsichere Einnahmesituation:** Gemeinden sind stark von Ertragsanteilen, Förderungen und Gebühreneinnahmen abhängig – Schwankungen können schnell zu Engpässen führen.
- **Wachsende Verpflichtungen:** Nachhaltigkeitsprojekte, Digitalisierung und soziale Maßnahmen erfordern zusätzliche Mittel und langfristige Planungen.
- **Höhere Finanzierungskosten:** Steigende Zinsen erschweren Investitionen und verteuern bestehende Schulden.

Gleichzeitig bieten sich Chancen zur Stabilisierung und Optimierung:

- **Gezielte Einsparmaßnahmen und Effizienzsteigerungen** können finanzielle Spielräume schaffen.
- **Fördermöglichkeiten auf nationaler und EU-Ebene** bieten Potenzial zur finanziellen Entlastung.
- **Langfristige Finanzierungsstrategien** ermöglichen eine nachhaltige Entwicklung der Gemeinde.

Die Haushaltsanalyse kostet 2.300 Euro zzgl. USt. und bietet eine umfassende und fundierte Bewertung der finanziellen Situation der Gemeinde. Sie zeigt auf, wo Optimierungspotenziale liegen und welche Maßnahmen notwendig sind, um die Kommune finanziell nachhaltig aufzustellen. Inhaltlich umfasst die Analyse eine detaillierte Aufschlüsselung des Finanzierungs- und Ergebnishaushalts, wodurch Erträge, Aufwendungen

und Investitionen Ihrer Gemeinde transparent dargestellt werden. Zudem erfolgt eine umfassende Analyse der Verschuldung und des Schuldendienstes, um bestehende Verbindlichkeiten zu bewerten und deren Auswirkungen auf den finanziellen Handlungsspielraum aufzuzeigen.

Ein weiterer zentraler Bestandteil ist der Überblick über die operativen Ein- und Auszahlungen, bei dem laufende Einnahmen und Ausgaben unter Berücksichtigung aller Investitionen betrachtet werden.

Durch einen Benchmarkvergleich mit Gemeinden ähnlicher Größenordnung wird die Finanzlage im landesweiten Kontext eingeordnet, was eine fundierte Einschätzung ermöglicht. Ergänzend dazu werden gezielte Maßnahmen zur Optimierung der operativen Gebarung erarbeitet, um finanzielle Potenziale zu identifizieren und strategische Finanzierungsmöglichkeiten auszuloten.

Abschließend erhält die Gemeinde konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Finanzlage, die sowohl kurzfristige Entlastungen als auch langfristige Stabilisierungsmöglichkeiten für den Gemeindehaushalt aufzeigen.

Mehr Transparenz, bessere Steuerung

Eine fundierte Haushaltsanalyse bietet eine klare und verständliche Finanzübersicht, die als verlässliche Entscheidungsgrundlage dient. Die Gemeinde profitiert von einer detaillierten und nachvollziehbaren Analyse ihrer Finanzen, ohne selbst zusätzlichen Aufwand betreiben zu müssen – die BDO übernimmt die vollständige Datenauswertung und -aufbereitung.

Durch den Vergleich mit anderen Gemeinden ähnlicher Größenordnung wird die finanzielle Situation der Kommune objektiv eingeordnet, sodass Stärken und Handlungsfelder sichtbar werden. Die praxisnahen Optimierungsvorschläge zeigen konkrete Wege zur Verbesserung Ihrer Finanzlage auf und helfen, finanzielle Spielräume zu erweitern. ■■■



Kontakt

BDO GmbH

Hauptplatz 16/4/5
2460 Bruck an der Leitha

bdo.at

Andreas Schlögl
andreas.schloegl@bdo.at
0664/133 26 21

Günter Toth

guenter.toth@bdo.at
0664/317 47 67

FRÜHJAHRSAKTION

Bei Bestellung bis
Ende Mai gibt es für die
Haushaltsanalyse einen
Rabatt von 15 Prozent.



ANDREAS SCHLÖGL

ist Partner bei der BDO Austria GmbH Steuerberatungsgesellschaft



GÜNTER TOTH

war Bürgermeister der burgenländischen Gemeinde Obereschützen und ist Partner bei der BDO Austria GmbH Steuerberatungsgesellschaft

OBMANNWECHSEL

Bezirk Mödling: David Berl folgt auf Ferdinand Köck

Im Rahmen der jüngsten Bezirksversammlung des NÖ Gemeindebundes Mödling kam es zu einem Wechsel an der Spitze der Bezirksorganisation: David Berl, Bürgermeister von Laxenburg, wurde einstimmig zum neuen Obmann gewählt. [VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

David Berl folgt damit auf Ferdinand Köck, der dieses Amt in den vergangenen sechs Jahren mit großem Engagement innehatte. Ihm zur Seite stehen fortan als 1. Obmannstellvertreterin Landtagsabgeordnete Marlene Zeidler-Beck aus Maria Enzersdorf sowie – als 2. Obmannstellvertreterin – Kaltenleutgebens Bürgermeisterin Bernadette Geieregger. Berl zeigte sich dankbar und motiviert: „Ich darf mich sehr bei Ferdinand Köck für seine großartigen Leistungen für unseren Bezirk Mödling bedanken, und es ehrt mich ganz besonders, in seine Fußstapfen zu treten.“ In Bezug auf seine künftigen Ziele betonte Berl die besondere Dynamik des Bezirks, der zwar eine starke Wirtschaftsleistung aufweise, aber auch entsprechenden Herausforderungen gegenüberstehe – vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Baurecht und regionaler Entwicklung. „Der Gemeindebund kann und soll hier eine aktive Rolle übernehmen – etwa durch die Organisation von thematischen Vernetzung-



Ferdinand Köck nimmt's mit Humor: Als Dankeschön für sechs engagierte Jahre an der Spitze des Bezirksvorstands Mödling wurde dem scheidenden Obmann neben der goldenen Ehrenplakette des NÖ Gemeindebundes auch ein Liegestuhl überreicht – für einen entspannten Start in die wohlverdiente Pension.



Präsident Johannes Pressl gratulierte dem neuen Bezirksobmann David Berl und seinen Stellvertreterinnen Marlene Zeidler-Beck und Bernadette Geieregger.

treffen, um den Wissensaustausch zwischen Gemeinden und Entscheidungsebenen zu fördern“, so Berl.

Ferdinand Köck, der nach sechs Jahren als Bezirksobmann nun in den Ruhestand tritt, blickte mit Dankbarkeit auf seine Amtszeit zurück: „Ich durfte als Obmann wirklich viele wunderschöne, gemeinsame Momente mit meinen Kolleginnen und Kollegen erleben, wo wir auch einiges umsetzen konnten – für unsere Bevölkerung im Bezirk, für die wir das auch gerne getan haben.“

Für seine langjährigen Verdienste um den Bezirk und seine Heimatgemeinde Gumpoldskirchen wurde Köck von NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl mit der goldenen Ehrenplakette des NÖ Gemeindebundes ausgezeichnet. Von seinen Kolleginnen und Kollegen gab es obendrauf eine große Torte und symbolisch einen Liegestuhl – als augenzwinkernder Anstoß, es sich in der Pension ein wenig gemütlich zu machen. ■■■

“ Bei den Herausforderungen in den Bereichen Infrastruktur, Baurecht und regionaler Entwicklung kann und soll der Gemeindebund eine führende Rolle übernehmen.



David Berl
Bürgermeister von Laxenburg
und NÖ Gemeindebund-Bezirksobmann im Bezirk Mödling

UMFASSENDES GESETZSPAKET IM NÖ LANDTAG BESCHLOSSEN

Aktionsplan gegen den radikalen Islam

Nach dem Landessicherheitsrat wird nun der zweite große Teil des von der NÖ Landesregierung erarbeiteten Aktionsplans umgesetzt. Durch den Beschluss am 30. April werden Brauchtum, Tradition und der Kampf gegen radikale islamische Strömungen in Niederösterreich gestärkt.

„Jede und jeder in unserem Land soll sich an unsere gemeinsamen Werte halten. Respekt, Anstand und die Achtung unserer Umgangsformen müssen für Zuwanderer eine Selbstverständlichkeit sein – da darf es keine Diskussion geben“, steht für Klubobmann Jochen Danninger fest.



Foto: © VPnÖ

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner: „Der radikale Islam ist die größte Bedrohung für unsere Art zu Leben. Daher schöpfen wir in Niederösterreich alle rechtlichen Möglichkeiten aus, um die islamistischen Sümpfe trocken zu legen.“

Ereignisse, wie das Messerattentat in Villach oder der vereitelte Anschlag auf die Taylor Swift-Konzerte haben vor Augen geführt, wie notwendig der Kampf gegen den radikalen Islam ist. Mit dem Beschluss im NÖ Landtag konnte nun ein wichtiger Teil davon abgearbeitet werden.

„Wir stellen die Mitwirkungspflicht der Eltern im Kindergarten nun auf scharf. Bei Nichtbeachtung droht in Zukunft eine empfindliche Geldstrafe“, betont Klubobmann Danninger. Bis zu 2.500 Euro oder bis zu sechs Wochen Ersatzfreiheitsstrafe werden nun fällig, wenn beispielsweise das verpflichtende Elterngespräch im Kindergarten nicht eingehalten wird.

Damit werden Integrationsverweigerer in die Schranken gewiesen.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner fordert von der Bundesregierung weitere Maßnahmen ein: „Jetzt ist auch der Bund gefordert, seinen Beitrag zu leisten und die empfindlichen Strafen, die wir für Eltern integrationsunwilliger Familien im Kindergarten einführen, auch in der Schule umzusetzen. Ein Strafrahmen von 2.500 Euro ist ein wirkungsvoller Hebel für alle, die sich bisher geweigert haben, einen Beitrag zur Integration ihrer Kinder zu leisten.“

Burka-Verbot im Landesdienst

Ein weiterer wichtiger Punkt des Gesetzespakets, durch den insgesamt fünf Landesgesetze angepasst werden, betrifft den Landesdienst. „Durch ein Burka-Verbot im Landesdienst stellen wir klar: Dieses Unterdrückungssymbol hat in unseren Amtsstuben keinen Platz. Mitglieder von radikalen islamistischen Vereinen haben ebenfalls im Landesdienst nichts verloren. Wer sich nicht daran hält, wird gekündigt“, hält Klubobmann Danninger fest. Zwar gibt es im Landesdienst aktuell keinen Fall der Vollverschleierung, mit dieser Verschärfung schiebt man aber bereits frühzeitig einer solchen Entwicklung den Riegel vor. ■■■

“ Ein Strafrahmen von 2.500 Euro ist ein wirkungsvoller Hebel für alle, die sich bisher geweigert haben, einen Beitrag zur Integration ihrer Kinder zu leisten.



Johanna Mikl-Leitner
Landeshauptfrau



Foto: © www.charakter.photos | Philipp Monhart

VPNÖ-Klubobmann Jochen Danninger: „Integrationsverweigerer spüren in Zukunft noch deutlicher, dass wir sie nicht in Niederösterreich haben wollen.“

ZUSAMMEN LEBEN

Gemeinsam Brauchtum (er)leben

Brauchtum ist in Niederösterreich das ganze Jahr über fest verankert – sei es bei kirchlichen Festen, zahlreichen Feierlichkeiten oder saisonalen Bräuchen. Auch jetzt im Frühling und Frühsommer wird vielerorts besonders sichtbar, wie stark diese Traditionen unser Zusammenleben prägen: Maibaumaufstellen, Pfingstfest, Fronleichnamprozessionen und Sonnwendfeuer bringen Generationen zusammen und stärken die Gemeinschaft. Sie sind Ausdruck unserer regionalen Identität und machen tief verwurzelte Werte sichtbar.

„Bräuche sind das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie geben Orientierung, Halt und ein starkes Gefühl von Heimat. Egal ob wir gemeinsam beim Maibaumaufstellen zusammenkommen oder mit einem Sonnwendfeuer in die zweite Jahreshälfte starten – diese Bräuche sind, was unser Land stark macht: ein gelebtes Miteinander, das auf Gemeinschaft und Werten fußt“, betont Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. In einer Zeit, in der vieles im Wandel ist, gilt es Werte und Traditionen nicht nur zu bewahren, sondern aktiv zu leben – weil sie keine Relikte der Vergangenheit sind, weil sie der Kompass für unsere Zukunft und Ausdruck von Zusammenhalt, Heimat und kultureller Vielfalt sind.

Nur wo es Gemeinschaft gibt, gibt es Verständnis füreinander

Das ganze Jahr über sind viele traditionelle Feste fixe Bestandteile in den Städten und Gemeinden Niederösterreichs. Denn Zusammenleben bedeutet „zusammen leben“ – dazu gehören Dinge, die uns verbinden, die wir miteinander teilen und erleben können. Traditionen und Feste, die es seit Jahrhunderten gibt, die uns als Gemeinschaft durchs Jahr führen. Nur, wo es Gemeinschaft gibt, gibt es nämlich auch Verständnis füreinander. Umso wichtiger ist es, das auch konsequent und vehement von allen Menschen einzufordern, die hier bei uns leben wollen.



Foto: Johannes Pressl

Brauchtum im öffentlichen Raum

Wie einer großen Mehrheit der Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern ist auch der Volkspartei Niederösterreich gelebtes Brauchtum im öffentlichen Raum ein besonderes Anliegen. Denn dort, wo Werte gelebt werden, entstehen Gemeinschaft und Zusammenhalt. Brauchtum braucht Tun – es braucht Menschen, die über Jahrhunderte überlieferte und entstandene Traditionen und Werte mit Überzeugung weitertragen. „Als Volkspartei Niederösterreich stehen wir für Verlässlichkeit und Zusammenhalt. Es ist unsere Aufgabe, das kulturelle Erbe unseres Landes zu bewahren – nicht als Inszenierung, sondern aus Überzeugung“, führt Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner abschließend aus. ■■■

“ Ob Maibaum oder Sonnwendfeuer – Bräuche verbinden und **zeigen, was unser Land stark macht**: Gemeinschaft und gelebte Werte



Johanna Mikl-Leitner
Landeshauptfrau

AKADEMIE 2.1

Aus- und Weiterbildung: **Bürgermeister-Spezial!**

In den Monaten Mai und Juni gibt es für Einsteiger noch drei Seminar-Module, wo es noch freie Plätze gibt.

Sitzungsführung: Die Gemeindeordnung als „Geschäftsordnung“ verwenden

Von der parteiinternen Sitzung bis zur Gemeinderatssitzung:

- Mittel & Möglichkeiten für die effiziente Entscheidungsfindung
- Die Gemeinderatssitzung in der Praxis: Antrag, Gegenantrag, Fragen etc.
- Fiktive Situationen mit den Werkzeugen der Gemeindeordnung bearbeiten
- Teilnehmer nehmen dafür unterschiedliche Perspektiven ein

Termin: 15.5. (Buchung direkt über www.akademie21.at)

Referent: RA Mag. Dr. Rainer Parz

Unser neues Team: Viele neue Köpfe, viele neue Aufgaben.

Nach geschlagener Wahl richten sich

die Augen der Bürgerinnen und Bürger wieder auf die politische Arbeit und deren Erfolg:

- Wie setzen wir das vor der Wahl Versprochene konkret um? Unsere Stärken, unsere Schwächen
- Woran merken wir, dass es damit vorangeht? Politisches Controlling
- Wie teilen wir uns die Arbeit auf?

Termine: 22.05., 27.05., 6.6., 18.6.

(Buchung über www.akademie21.at)

Referent: Dr. Martin Peter

Effizient & fokussiert: Zeit-, Organisations- und Selbstmanagement in der politischen Arbeit

Die Teilnehmer lernen praxisnahe Tools und Methoden kennen, welche Sie dabei unterstützen ihre Arbeit effizient zu organisieren, Sitzungen zu optimieren und mit authentischem

Leadership Teammitglieder einzubinden bzw. zu bevollmächtigen. Weiters werden einfache Methoden zur Stressbewältigung für eine nachhaltige Leistungsfähigkeit erarbeitet.

- Leadership - Qualitäten erfolgreich einsetzen und Aufgabenverteilung verändern
- Zeit und Organisationsmanagement verbessern
- Sitzungen erfolgreich gestalten

Termine: 3.6., 4.6., 11.6., 13.6., 17.6.
(Buchung über www.akademie21.at)

Information

Akademie 2.1
02742 / 9020 - 1620
office@akademie21.at
www.akademie21.at

Durchblick.

Ab 1. September 2025 sind Gemeinden – je nach Größe – zur entsprechenden Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes verpflichtet. Dafür gibt es in jedem Fall umfangreiche Unterstützung sowie kostenfreie Webinare und interaktive Schulungen, um handlungssicher zu sein.

Damit Sie und Ihr Team zeitgerecht auf die neuen Anforderungen vorbereitet sind.

ifg-gemeindeinfo.at

NEU:
interaktive
Lernmodule
JETZT
ANMELDEN!

Informations freiheits gesetz



Österreichischer
Gemeindebund

Gefördert von
 Bundeskanzleramt

Hilfswerk-Menüservice: Entlastung im Alltag

Als zuverlässiger Partner der Gemeinden liefert das Hilfswerk-Menüservice Speisen bis zur Haustür. Einkaufen und kochen sind nicht notwendig, und die Auswahl ist groß.

Seit vielen Jahren ist das Menüservice eine wertvolle Ergänzung zu den mobilen Pflege- und Betreuungsdiensten des Hilfswerk Niederösterreich. Und es ist für viele Gemeinden eine ideale Ergänzung zum bestehenden lokalen Verpflegungsangebot. Wöchentlich wird eine Auswahl an Mahlzeiten direkt ins Haus geliefert – ob Privathaushalte, Firmen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Schulen. Die Speisen sind tiefgekühlt und werden, je nach Belieben, aus dem Tiefkühlfach genommen und erwärmt. Das Sortiment ist riesig, die Speisen sind von hoher österreichischer Qualität, ohne künstliche Zusätze und natürlich palmölfrei zubereitet. Mit der zu 100 Prozent recyclebaren BIOPAP®-Schale ist das Menüservice noch umweltfreundlicher geworden.

Das Hilfswerk hat zwei Top-Angebote für Ihre Gemeinde:

1. Das „Restaurant zuhause“

Als praktische Ergänzung zu bestehenden Angeboten – zum Beispiel für Randgebiete oder für Menschen mit speziellen Ernährungsbedürfnissen. Die Genießer haben die freie Wahl zwischen fertig zusammengestellten, preiswerten Hilfswerk-Wochenmenüs und „à la carte“ mit über 100 Gerichten. Es wird direkt an die Haushalte zugestellt. Auch Diätmenüs, Diabetiker- und Leichtkost sind im Angebot. Und je nach Saison gibt es immer wieder neue Schmankerl. Der neue, seit 1. April gültige Katalog mit dem gesamten Angebot kann ab sofort angefordert werden. Übrigens: Das Menüservice beliefert auch kleine und mittlere Betriebe, und auch für die „Home office-Kantine“ zuhause werden die Angebote gerne genutzt.

2. Mittagstisch für Kindergärten und Schulen

Schon ab zwei Portionen täglich werden auf Wunsch individuelle Lösungen angeboten. Ab 20 Portionen täglich: Der Menüplan wird kindgerecht gestaltet und mit frischem Salat, Obst und Milchprodukten ergänzt. Die



Gerichte werden portionsweise bestellt und abgerechnet. Dazu kommt ein umfassendes Serviceangebot: Keine Zustellgebühr; die Geräte zur Lagerung und Aufbereitung werden kostenlos zur Verfügung gestellt; und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der pädagogischen Einrichtungen werden vom Hilfswerk eingeschult. ■■■

Die Genießer haben die freie Wahl zwischen fertig zusammengestellten, preiswerten Hilfswerk-Wochenmenüs und „à la carte“ mit über 100 Gerichten.

BESTELLEN

**Einfach bestellt. Kostenlos geliefert. Schnell zubereitet.
Und kein organisatorischer oder finanzieller Aufwand für die Gemeinde!**

Fordern Sie Prospektmaterial für Ihre Gemeinde an. Gerne kommt das Menüservice auch für eine Verkostung zu Ihnen!

Info und Bestelltelefon

- ▶ 05 9249 80800
- ▶ menueservice@noe.hilfswerk.at



Die Eigenerklärung zur Vereinfachung der Eignungsprüfung

Im Rahmen der Durchführung eines Vergabeverfahrens müssen öffentliche Auftraggeber:innen prüfen, ob diejenigen Unternehmen, die an einem Vergabeverfahren teilnehmen, die entsprechende berufliche Befugnis und Zuverlässigkeit sowie finanzielle und technische Leistungsfähigkeit („Eignung“) zur Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen besitzen.

Auftraggeberinnen und Auftraggeber haben dabei in den Ausschreibungsunterlagen festzulegen, mit welchen Nachweisen die am Vergabeverfahren teilnehmenden Bieter ihre Eignung zu belegen haben. Anstelle der sofortigen Vorlage der Nachweise mit dem Angebot können die Bieter ihre Eignung auch durch Vorlage einer **Erklärung darüber, dass sie die von der Auftraggeberin verlangten Eignungskriterien erfüllen und die festgelegten Nachweise auf Aufforderung unverzüglich beibringen können** („Eigenerklärung“), belegen.

Durch die Abgabe von Eigenerklärungen entfällt somit für die Auftraggeberin – vorerst – die Prüfung sämtlicher zum Nachweis der Eignung geforderten Unterlagen der teilnehmenden Bieter. Die Auftraggeberin überprüft die Eignung somit vorerst nur auf Basis der Eigenerklärungen. Im **Oberschwellenbereich** muss die Auftraggeberin jedoch jedenfalls die Vorlage der Eignungsnachweise von der Zuschlagsempfängerin verlangen und somit das Vorliegen der entsprechenden Eignung überprüfen. Im **Unterschwellenbereich** kann die Auftraggeberin die Eignungsnachweise von der Zuschlagsempfängerin verlangen. Eine Verpflichtung zur Aufforderung der Bieterin,

die Nachweise vorzulegen, besteht jedoch für die Auftraggeberin grundsätzlich nicht. Bei Vorlage einer Eigenerklärung ist jedoch zu beachten, dass der **„eignungsrelevante Zeitpunkt“**, **indem die geforderte Eignung bei der Bieterin vorliegen muss, der gleiche bleibt**: Das bedeutet, dass ein Bieter, der beispielsweise in einem offenen Verfahren mit dem Angebot eine Eigenerklärung vorlegt, die Eignungsnachweise – eingeholt vor dem Zeitpunkt der Angebotsöffnung – bereits in der Schublade parat halten muss. ■■■

Durch die Abgabe von Eigenerklärungen entfällt für die Auftraggeberin – vorerst – die Prüfung sämtlicher zum Nachweis der Eignung geforderten Unterlagen der teilnehmenden Bieter.



© peopleimages.com - stock.adobe.com



schramm-oehler.at

Schramm Öhler Rechtsanwälte
3100 St. Pölten, Herrengasse 3-5

SCHRAMM ÖHLER
RECHTSANWÄLTE

Ihre Projekte. In sicherer Hand.

ökologisch.

wirtschaftlich.

handeln.

Die Kanzlei für **kommunale**
Entscheidungssträger:innen in Niederösterreich.

Buch zur Sanierung von Kellergassen erschienen

Die Kellergassen Niederösterreichs sind weit mehr als bloße Bauwerke – sie sind Ausdruck gelebter Geschichte, identitätsstiftender Orte und Zeugnisse jahrhundertalter Handwerkskunst. Das neue „Handbuch Kellergasse“ soll ein praktischer Leitfaden für alle sein, die sich der Sanierung und Pflege von Presshäusern, Kellern und Gassen verschrieben haben. In eindrucksvollen Geschichten wird erzählt, wie Menschen die Kellergassen mit neuem Leben füllen, wie sie Traditionen bewahren und gleichzeitig Perspektiven für die Zukunft schaffen. Das Handbuch bietet dabei nicht nur Inspiration, sondern auch fundiertes Fachwissen.

Es enthält detaillierte Anleitungen für die fachgerechte Sanierung – vom richtigen Mischungsverhältnis für Kalkputz bis zur Erneuerung historischer Dachstühle. Das Land Niederösterreich unterstützt dabei nicht nur mit dem neuen Handbuch, sondern auch durch persönliche Bauberatung und gezielte Sanierungsförderungen. ■■■

Bestellung

Das Handbuch Kellergasse kann kostenlos beim Fachbereich für Baukultur per Mail bestellt werden: post.bd1-b@noel.gv.at



**Mit Hilfe von Schutz-
zonen, die ein
Instrument des Be-
bauungsplanes sind,
können Gemeinden
schöne Kellergas-
sen oder einzelne
Ensembles schützen
und ihre Einfachheit
bewahren.**

5. Auflage des Handbuchs zur Regionalvergabe

Das Handbuch zur Regionalvergabe der Wirtschaftskammer NÖ soll Gemeinden unterstützen, bei öffentlichen Aufträgen insbesondere kleine und mittlere regionale Unternehmen zum Zug kommen zu lassen. Jetzt ist die fünfte Auflage des Buches erschienen.

Im Buch werden unter anderem die Möglichkeiten verstärkter Einbindung regionaler und kleiner Betriebe dargestellt sowie Rechtsfragen beantwortet.

Neben Tipps für den öffentlichen Auftraggeber ist auch eine Vielzahl an Muster- und Praxisbeispielen zu finden. Zum Beispiel wurden neben der „Errichtung eines Kindergartens“ etwa die „Errichtung eines Gemeindezentrums in nachhaltiger Holzbauweise und Entsiegelung von Parkplätzen“ oder die „Gründung einer Energiegemeinschaft“ ins Handbuch aufgenommen. Ebenfalls finden

sich Informationen rund um das Straßenfahrzeug-Beschaffungsgesetz (SFBG) oder eine Vielzahl an FAQs für öffentliche Auftraggeber. ■■■



Das Handbuch zum Herunterladen

<https://www.wko.at/noe/wirtschaftsrecht-gewerberecht/handbuch-zur-regionalvergabe>

IMPRESSUM

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPv)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
ZVR 959071656

Internet: www.noegemeindebund.at

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer Werner Brandstetter, MSc

Medieninhaber:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur:

Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc.,
Daniela Linauer

Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf:

Tel.: 01/532 23 88-0
Martin Mravlak, E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at
Oliver Vogel, E-Mail: oliver.vogel@kommunal.at

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Erscheinungsort:

2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert:

12.800 Exemplare.
Direktversand ohne Streuverlust
an folgende Zielgruppen in NÖ:
Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ
Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister,
Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende
Gemeinbedienstete). Alle NÖ Abgeordneten
zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle
Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und
alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim
Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute
und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen
der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter
und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter
in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes,
der Bezirkshauptmannschaften und der Gebiets-
bauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre
sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen
Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Land-
wirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abtei-
lungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funk-
tionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten
Verbänden, Organisationen und Institutionen.
Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung
der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren
alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete
Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung
des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.



Produziert nach den Richtlinien des
Österreichischen Umweltzeichens,
Walstead Let's Print Holding AG, UW 808



ÖSTERREICHISCHES
ROTES KREUZ

**EHRENSACHE
MITHELFEN**

SEI DABEI AUF EHRENSACHE.AT

DIE RICHTIGE HILFE DARF KEIN ZUFALL SEIN.

**STARKE PARTNER FÜR
SICHERE STÄDTE UND GEMEINDEN.**